

Soziale Marktwirtschaft für Europa

Symposium zu Ehren von
Prof. Dr. Hans Tietmeyer im Gesellschaftshaus
des Palmengartens in Frankfurt
1. Juli 2013

Dokumentation

Herausgeber:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
INSM GmbH
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer:

Hubertus Pellengahr

Kontaktaufnahme:

Telefon: 030 27877-171
Telefax: 030 27877-181
E-Mail: info@insm.de

Gestaltung und Produktion:

IW Medien, Köln · Berlin

Fotos:

Edward Park

Druck:

Warlich Druck Meckenheim GmbH

Stand:

September 2013

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

Soziale Marktwirtschaft für Europa

Symposium zu Ehren von Prof. Dr. Hans Tietmeyer
im Gesellschaftshaus des Palmengartens in Frankfurt

1. Juli 2013

10

Begrüßung und Eröffnung
Martin Kannegiesser

12

Festvortrag „Moving Europe out of the crisis –
Europas Weg aus der Krise“
Olli Rehn

20

Diskussion „Perspektiven für Europa“
Podiumsdiskussion

24

„Jetzt handeln – fünf Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft“
Dr. h. c. Wolfgang Clement

32

„Wie steht es um die Soziale Marktwirtschaft?“
Prof. Dr. Otmar Issing

38

„Im Dienst für die Soziale Marktwirtschaft – Hans Tietmeyer und die
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“
Martin Kannegiesser

42

„Mit Erhard in die Zukunft – darum lohnt sich der Einsatz
für die Neue Soziale Marktwirtschaft“
Prof. Dr. Hans Tietmeyer



Sehr geehrte Damen und Herren,

wie kaum ein zweiter Zeitzeuge ist Professor Hans Tietmeyer als Mitgestalter mit der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland verbunden. Diese Verbundenheit ruht auf einem tragfähigen Fundament: Hans Tietmeyer war Student bei Alfred Müller-Armack, und er begann seinen beruflichen Werdegang 1962 im Bundeswirtschaftsministerium unter der Führung Ludwig Erhards. Das Gesetz zur Einrichtung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung trug erkennbar die Handschrift Tietmeyers. Später, als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, sollte ihm als prägender Unterhändler zum Abschluss seiner ministeriellen Laufbahn mit der deutsch-deutschen Währungsunion ein Meilenstein auf dem Weg zur Wiedervereinigung gelingen. Als Direktoriumsmitglied und später als deren Vorsitzender prägte Tietmeyer die Politik der Deutschen Bundesbank. Eine stabile D-Mark und die Weichenstellungen für den Euro sind eng mit seinem überzeugten Einsatz verknüpft.

Es war folgerichtig, dass Professor Tietmeyer der im Jahr 2000 gegründeten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft als Vorsitzender des Kuratoriums mit Rat und Tat zur Seite stand und auch

danach seine Stimme für die Soziale Marktwirtschaft erhob. Für die INSM war das ein Glücksfall, und wir sind ihm zu Dank verpflichtet. Während seiner Amtszeit als Kuratoriumsvorsitzender warb Tietmeyer unermüdlich für Reformen. Ob der Weg in die Vollbeschäftigung oder das Meistern der Finanz- und Wirtschaftskrise: Die Soziale Marktwirtschaft hat große Herausforderungen bewältigt. Taugt das deutsche Modell daher auch für Europa?

Mit dem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“ haben wir als INSM Perspektiven aufgezeigt, wie mit ordnungspolitischen Reformen entscheidende Schritte aus der Krise getan werden können. Die Soziale Marktwirtschaft war und ist ein Erfolgs Garant für Deutschland und Europa, wie das deutsche Wirtschaftswunder, die Wiedervereinigung oder die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen. EU-Kommissar Rehn hat es auf den Punkt gebracht: „Der Mut und die Weitsicht, die Ludwig Erhard geholfen haben, das auf der freien Marktwirtschaft begründete deutsche Wirtschaftswunder hervorzu bringen, werden im heutigen Europa gebraucht.“

Ihr Hubertus Pellengahr









„SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT FÜR EUROPA“

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,
lieber Herr Professor Tietmeyer,**

ich begrüße Sie zu unserem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.

Die überwältigende Mehrheit der deutschen Wirtschaft – und das sind Unternehmer und Arbeitnehmer – brennen für die Fortsetzung und Vollendung des europäischen Einigungsprozesses. Aber dies nur unter der Voraussetzung einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft, wie sich dies aus den europäischen Verträgen auch ergibt. Es bewegt uns, ob dieser ordnungspolitische Rahmen auch tatsächlich in den europäischen Institutionen verinnerlicht ist. Auch in der deutschen Politik überwiegt die Orientierung an Tagesopportunitäten, grundsätzliche Linien verschwimmen zu leicht. Dies ist auf europäischer Ebene eher noch ausgeprägter und wird durch die starke Stellung von Bürokratie eher noch deutlicher, entfernt sich somit von Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir begründen unser Eintreten für den fortgesetzten europäischen Einigungsprozess mit historischen Erfahrungen. Wir wissen, dass Europa das wichtigste politische Projekt unserer Generation ist. Wir müssen und wollen jedoch auch die wirtschaftlichen Begründungen nicht vernachlässigen, weil das Projekt ausschließlich mit politischer und historischer Begründung leicht auf tönernen Füßen stehen könnte. Aber auch bei den wirtschaftlichen Begründungen dürfen wir nicht bei Vergangenheit und Gegenwart stehen bleiben, sondern müssen die Notwendigkeit zur

Ordnungsform der Sozialen Marktwirtschaft an wichtigen Herausforderungen der Zukunft messen, also nicht nur an Verdiensten in der Vergangenheit. Ich greife nur drei von etlichen Herausforderungen heraus:

- Wir stehen erneut an der Schwelle zu großen Technologieschüben, die sich durch Hunderte einzelner Sparten in großer Vielfalt verästeln wird. Die letzte Hannover Messe stand unter dem Thema „Die integrierte Fabrik“, und die stellt an jeden Betrieb hohe und veränderte Anforderungen. Solche Vielfalt in höchstem Veränderungstempo lässt sich nur durch dezentrale Entscheidungsprozesse in einer marktwirtschaftlichen Ordnung bewältigen.

- Die weltweite Vernetzung gewinnt weiter an Tempo und gleichzeitig das Entstehen und Wachstum neuer Wettbewerber aus anderen Ordnungssystemen. Um dies beherrschbar zu machen, müssen wir an den Ausgangspunkt von Marktwirtschaft im internationalen Rahmen zurück, nämlich zu Multilateralität. Die Tendenzen zu Bilateralität und Protektionismus, die wir teilweise auch in Europa beobachten, sind gefährlich und verlangen marktwirtschaftliches Denken.

- Unsere Arbeitsmärkte verändern sich aufgrund der Demografie, veränderten gesellschaftlichen Lebensformen (Work Life Balance) und einer verstärkten Spaltung zwischen qualifizierter und gering qualifizierter Arbeit. Die erforderlichen sozialen Lösungen sind nur auf der Grundlage von stark wachsender Produktivität und Effizienz möglich, wie dies allein durch die Ordnungsform einer

Sozialen Marktwirtschaft bislang bewiesen wurde. Die Soziale Marktwirtschaft hat Lösungen gefunden, die eine Gesellschaft zusammenhalten. Wir müssen deshalb ihre Kernelemente ständig genau beobachten, allerdings auch zu Weiterentwicklungen bereit sein. Dabei sind die Rollen und die Spielregeln der Sozialpartner von besonderer Wichtigkeit. Die Rechte, aber auch die Pflichten und Haftungen aus Eigentum und Vertragsfreiheit sind immer wieder zu hinterfragen und damit auch die Beziehung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern.

Eine der wichtigsten Grundlagen für den Zusammenhalt einer Gesellschaft und das Funktionieren einer freien Sozialen Marktwirtschaft ist stabiles Geld. Währung lebt nahezu ausschließlich vom Vertrauen, und wenn dieses fehlt, dann droht einer Gesellschaft der Zerfall.

Wir haben diese Thematik gewählt, nicht nur weil sie aktuell ist, sondern weil wir sie Ihnen, hoch verehrter Professor Tietmeyer, widmen. Sie strahlen auf uns alle und auf die Gesellschaft nicht nur hohe Kompetenz aus, sondern eine unbestechliche Grundsatztreue, die Sie in sympathischer und verständlicher Weise immer wieder überbringen.

Wir wollen mit diesem Symposium nicht nur Ihren Verdiensten und großartigen Leistungen ein Denkmal bauen, Sie sozusagen auf einen historischen Sockel stellen – Ihre Worte und Ihr Wirken sollen mitten in unserer Gesellschaft und der Bewältigung unserer künftigen Herausforderungen bleiben.

„Europas Weg aus der Krise“ ist deshalb das Kernthema des Symposiums, und ich danke dem Kommissar für Wirtschaft und Währung und Vizepräsident der EU-Kommission, Herrn Olli Rehn, dass er den Festvortrag zu diesem Thema übernimmt und sich an der anschließenden Diskussion mit Professor Gerken, Graf Lambsdorff und Frau Professor Schwan unter der Moderation von Herrn Holger Steltzner beteiligen wird.

Sehr geehrter Herr Rehn, ich gebe das Wort an Sie weiter.



„MOVING EUROPE OUT OF THE CRISIS – EUROPAS WEG AUS DER KRISE“

**Sehr geehrter Herr Professor Tietmeyer,
sehr geehrter Herr Kannegiesser,
meine Damen und Herren,**

herzlichen Dank für die Einladung zu diesem hochrangigen und wichtigen Symposium. Es hat für mich eine besondere Bedeutung, den Tag zu Ehren von Professor Hans Tietmeyer beginnen zu dürfen. Als ehemaliger Präsident der Deutschen Bundesbank ist er einer der angesehensten Experten für internationale Finanz- und Währungspolitik weltweit.

Meine erste Begegnung mit Professor Tietmeyer war vor 20 Jahren, obwohl ich kaum erwarte, dass er sich noch heute daran erinnert, da ich Mitglied einer großen Delegation war. Zu der Zeit war ich Mitglied des finnischen Parlaments und Politikberater des Ministerpräsidenten. Während der Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen für den Beitritt unseres Landes war die uns von Professor Tietmeyer präsentierte Analyse über die EWU sowohl intellektuell schlüssig als auch politisch realistisch, ja sogar nüchtern.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Ausdruck beginnen, bei dem es sich meines Erachtens um eine Wortschöpfung der Bundesbank handelt, nämlich dem Wort Stabilitätskultur. Anfänglich wurde dieser Begriff auf die breite soziale Akzeptanz der Delegation der Geldpolitik weg von der politischen Macht an eine unabhängige Zentralbank beschränkt. In voller Achtung der Unabhängigkeit der EZB und aus meiner Ansicht als Ökonom glaube ich, dass die Geldpolitik dieser

Anforderung gerecht geworden ist. Die Preisstabilität ist fest verankert, wie es die Ergebnisse und Wirtschaftsprognosen zeigen.

Natürlich erfolgt Geldpolitik nicht im Vakuum, sondern ist ein Spiegelbild der Werte und Erfahrungen einer Nation. Lassen Sie mich in diesem Punkt Joseph Schumpeter zitieren: „Der Zustand des Geldwesens eines Volkes ist ein Symptom aller seiner Zustände.“

Ich würde Schumpeter so übertragen: Was er auf ein Land bezog, würde man heute mit unserer Wirtschafts- und Währungsunion auf Europa beziehen. Also wie ist nun der Zustand des Währungssystems von Europa und, im weitesten Sinne, seiner Wirtschaft und Währungspolitik?

In den verschiedenen Politikdimensionen gibt es unterschiedliche Zeithorizonte. Kurzfristig war die Stabilisierung der Finanzmärkte nötig, um den sofortigen freien Fall unserer Wirtschaft zu vermeiden. Mittelfristig schreitet die Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone voran, unterstützt von Strukturformen, um die Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen wiederherzustellen. Langfristig wird die Architektur der EWU verstärkt aufgebaut.

Lassen Sie mich diese Themen der Reihe nach ansprechen, und zwar beginnend mit der kurzfristigen Stabilisierung. Die Ankündigung der EZB über die Outright Monetary Transactions (OMT) – die geldpolitischen Anleihekäufe – hat zusammen mit dem jetzt aktiven Europäischen Stabilitätsmechanismus wesentlich dazu beigetragen, die wirtschaftliche Stabilität zu verankern

und das Risiko von extremen Ereignissen in der europäischen Wirtschaft zu vermindern. Vergleichen Sie das mit dem letzten Jahr, als es in den Finanzmärkten Sorgen gab, dass der Euro zusammenbrechen könnte. Zum Glück sind solche Ängste jetzt vom Tisch.

Es muss betont werden, dass die OMTs an klare politische Bedingungen geknüpft sind wie zum Beispiel eine glaubwürdige finanzpolitische Strategie und wachstumsfördernden Reformen. Diese Bedingungen stehen am Anfang der Kausalitätskette, die die Verwendung von OMTs ermöglichen würde, falls sie notwendig würden. Doch die Stabilisierung der Finanzmärkte allein reicht nicht, auch wenn sie höchst willkommen ist. Obwohl die Spannungen in den Finanzmärkten wesentlich reduziert worden sind, sind die Auswirkungen in der Wirtschaft real noch nicht stark zu spüren. Es gibt immer noch große Wachstumsdifferenzen in der Eurozone und in vielen EU-Mitgliedstaaten eine Krise auf dem Arbeitsmarkt, wie uns schmerzhaft bewusst ist. Das Wachstum in Europa wird in der zweiten Hälfte dieses Jahres nur langsam anziehen.

Aber das ist kein normaler Abschwung. In einigen europäischen Ländern ist die langwierige Rezession eine Bilanzrezession die Folge eines sehr langen Kreditvergabezyklus. Das Wirtschaftswachstum wird nicht vollständig aufholen, bevor nicht die öffentlichen und die privaten Schulden in der Gesamtwirtschaft abgebaut worden sind.

Im ersten Jahrzehnt der Wirtschafts- und Währungsunion haben sich unsere Finanzmärkte rasch integriert mit Hilfe des Euro und durch die leichten Kreditvergabebedingungen in den globalen Finanzindustrien. In manchen Mitgliedsländern war diese Entwicklung jedoch mit steigenden makroökonomischen Ungleichgewichten, wachsenden finanziellen Risiken und schließlich Spekulationsblasen von Vermögenswerten verbunden. Als sich das Kreditrisiko plötzlich im Gefolge

der Finanzkrise veränderte, entstand – besonders in den Defizit-Ländern – immenser Druck, den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen und die Leistungsbilanz auszugleichen. Mit anderen Worten: Dies ist kein gewöhnlicher Konjunkturabschwung – gerade wegen der massiven Fehlallokation von Ressourcen in den letzten zehn Jahren. Und deswegen stehen wir nun vor tiefgreifenden strukturellen Problemen in Europa.

Und dies bezieht sich auf die Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit innerhalb einer Währungsunion. Was wir gelernt haben, falls wir es vorher nicht schon wussten, ist, dass Preisstabilität und Konjunkturstabilisierung allein nicht genug sind, um nachhaltige makroökonomische Stabilität zu gewährleisten. In einer Währungsunion ist die Fähigkeit zur realen wirtschaftlichen Anpassung von entscheidender Bedeutung – ein Punkt, den viele im ersten Jahrzehnt der WWU vergessen haben. Das rächt sich jetzt, sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht. Professor Tietmeyer hat frühzeitig davor gewarnt.

Daher hat die EU das Verfahren für makroökonomische Ungleichgewichte als zweiten Baustein der verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung mit der Überwachung der Fiskalpolitik aufgebaut. Wir haben eingehende Bewertungen der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in über einem Dutzend Mitgliedstaaten vorgenommen, die den Hintergrund unserer Ende Mai vorgestellten länderspezifischen Empfehlungen bilden. Darauf werde ich in Kürze zurückkommen.

Vorher aber lassen Sie mich auf die Frage der Symmetrie der wirtschaftlichen Anpassung zu sprechen kommen. Es wurde von manchen argumentiert, dass die notwendige Verringerung der Ungleichgewichte in symmetrischer Weise zwischen solchen Ländern mit Leistungsbilanzüberschuss und solchen mit Defizit vorangehen sollte. Allerdings ist die Realität viel komplexer. Der

Hauptgrund dafür ist, dass die Eurozone keine große geschlossene Volkswirtschaft, sondern eine große offene Volkswirtschaft ist. Um Ihnen ein bekanntes Beispiel zu geben: Der Leistungsbilanzüberschuss in Deutschland ist inzwischen weitgehend durch den Handel mit Nicht-Euro-Ländern, vor allem mit Schwellenländern, bestimmt.

In einer Studie der Kommission vom Dezember letzten Jahres wurde festgestellt, dass von einer Erhöhung der Binnennachfrage in Deutschland nicht unbedingt alle Länder der Eurozone in gleichem Maße profitieren würden – die positiven Auswirkungen auf das Wachstum würden vor allem Deutschlands Nachbarländer spüren.

Dies spiegelt die strukturellen Verschiebungen im globalen Handel in den vergangenen zwei Jahrzehnten wider: Mit der Erweiterung der EU sind Länder mit gut ausgebildeten Arbeitskräften, aber deutlich niedrigeren Lohnkosten Teil des Binnenmarktes geworden. Dieser Wandel hat Chancen eröffnet und den Wettbewerb erhöht. Ähnlicher Wettbewerbsdruck für die europäische Industrie ist durch die Liberalisierung des Handels entstanden, insbesondere durch den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation im Jahr 2001.

Diese globalen Verschiebungen betrafen das Euro-Gebiet sehr asymmetrisch. Die mittel- und osteuropäischen Länder haben sich in die Wertschöpfungskette von Europas wirtschaftlichem Motor, Deutschland, mehr integriert als die süd-europäischen Volkswirtschaften, obwohl es natürlich regionale Unterschiede gibt.

Folglich muss Europa seinen strukturellen Wandel vor allem durch Nutzung der Weltwirtschaft vorantreiben. In diesem Zusammenhang begrüße ich die Aufnahme von Verhandlungen über eine Handels- und Investment-Partnerschaft mit den USA sehr.

Es stimmt, dass Leistungsbilanzüberschüsse ein Zeichen für die Wettbewerbsfähigkeit sein können. Es gibt jedoch auch noch eine andere Seite

dieser Medaille: Sie bedeuten nämlich gleichzeitig, dass die inländischen Ersparnisse im Ausland angelegt werden.

In unserer zuvor genannten Studie wird dargestellt, dass Deutschland in den letzten Jahren bei seinen ausländischen Vermögenswerten große Verluste erlitten hat. Die vom Wirtschaftsforschungsinstitut DIW Berlin kürzlich veröffentlichte Studie zieht ähnliche Schlüsse. Die DIW-Studie zeigt, dass das Pro-Kopf-Einkommen um 1 Prozentpunkt jährlich angestiegen wäre, wäre die Investitionsquote in Deutschland so hoch gewesen wie die des Euroraums in den letzten 15 Jahren.

Im diesem Sinne beinhalten die Empfehlungen, die wir am 29. Mai für Deutschland abgegeben haben, die Bedingungen zu stärken, die einen Lohnzuwachs ermöglichen, um die Binnennachfrage zu unterstützen. Dies erfordert eine bessere Nutzung der Arbeitskräfte, darunter einen verstärkten Einsatz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Fortsetzung der Bemühungen für eine beschleunigte Expansion des nationalen und grenzüberschreitenden Strom- und Gasnetzwerks sowie die Stimulation des Wettbewerbs in den Sektoren, darunter professionelle Dienstleistungen, um die inländischen Wachstumsquellen anzukurbeln.

Meine Damen und Herren, die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion hängt in den kommenden Jahren von weiteren politischen Maßnahmen ab, um eine starke EMU 2.0 aufzubauen, die helfen wird, Wachstum zu generieren und Arbeitsplätze für unsere Bürger zu schaffen. Die Überwindung der Krise erfordert Maßnahmen an mindestens drei Fronten: in der Realwirtschaft, in der Finanzindustrie und im öffentlichen Sektor.

Zum Ersten erfordert die Lösung der Krise einen strukturellen Ansatz. Die Schaffung der nötigen

Kapazitäten für eine realwirtschaftliche Anpassungsfähigkeit, die Strukturprobleme und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit stehen im Mittelpunkt der Empfehlungen der Kommission an die Mitgliedstaaten, die von den EU-Staats- und Regierungschefs angenommen wurden.

Im Gegenzug für das langsamere Tempo der Haushaltskonsolidierung, das wir mehreren Ländern empfehlen, muss diese Zeit effektiv für die wirtschaftlichen Reformen genutzt werden, beispielsweise auf den Produkt- und Arbeitsmärkten, die Europas Wachstumspotenzial und Kapazitäten für neue Arbeitsplätze freisetzen können. Dies ist entscheidend für Frankreich, Italien, Spanien, Belgien und viele andere Mitgliedstaaten. Dementsprechend halten auch die beiden größten Volkswirtschaften der Eurozone, Deutschland und Frankreich, den Schlüssel zu einer gleichmäßigeren und effektiven Verringerung der Ungleichgewichte in der europäischen Wirtschaft in ihren Händen. Auf den Punkt gebracht sind wirtschaftliche Reformen zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit nötig, und zwar auf dem Arbeitsmarkt, bei den unternehmerischen Rahmenbedingungen und dem Rentensystem in Frankreich, und gleichzeitig Strukturreformen in Deutschland, die zur weiteren Stärkung der Binnennachfrage führen. Tatsächlich ist das genau das, was die Kommission gerade für diese Länder empfohlen hat. Wenn Deutschland und Frankreich das zusammen erreichen können, erweisen sie der gesamten Eurozone einen großen Dienst durch ein stärkeres Wachstum, durch die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und durch den Abbau sozialer Spannungen.

Ich bin mir natürlich voll und ganz bewusst, dass die notwendigen Reformen oft Überzeugungsarbeit und Beharrlichkeit von den politischen Entscheidungsträgern erfordern. Der Mut und die

Weitsicht, die Ludwig Erhard geholfen haben, das auf der freien Marktwirtschaft begründete deutsche Wirtschaftswunder hervorzubringen, werden im heutigen Europa gebraucht.

Erinnern wir uns an die Begegnung von Ludwig Erhard mit General Lucius Clay, den seine Berater gewarnt hatten, dass Erhards Entscheidungen für wirtschaftliche Reformen ein schwerer Fehler wären. „Achten Sie nicht auf sie“, hatte Erhard geantwortet, „meine Berater geben mir genau dieselben Ratschläge.“ Eine solche Überzeugungs- und Führungskraft braucht auch Europa! Wir haben aus jüngster Zeit einschlägige europäische Beispiele, bei denen sich die wirtschaftlichen Reformen auszahlen. Neben Irland zeigt auch Lettland das sehr eindrucksvoll. Sie erinnern sich vielleicht, dass letztes Jahr um diese Zeit ein mögliches Auseinanderbrechen des Euro im Tagesgespräch war. Es gab wilde Gerüchte über ein „Grexit“ und noch wildere über ein „Fixxit“.

Es stimmt, dass am 1. Januar des nächsten Jahres der Euro nicht mehr 17 Mitgliedstaaten haben wird – aber es werden nicht weniger, sondern mehr sein. Ich spreche hier von Lettland, welches das 18. Mitglied der Eurozone sein wird – nach einer beeindruckenden Konjunkturwende, die durch entschlossene wirtschaftliche Reformen und fiskalische Strenge erreicht wurde. Dieses Land hat sich vom Finanzhilfeempfänger zu einem Staat mit nachhaltigen Wachstumsraten entwickelt.

Mein zweiter Punkt ist, dass der notwendige Strukturwandel finanziert werden muss. Der Wirtschaftswandel wird noch durch Schwachstellen im Bankensektor und von tiefen Verzerrungen in der Kreditvergabe gebremst. Während die Risikoaufschläge für staatliche Kreditnehmer zum großen Teil zurückgegangen sind, bleibt der geldpolitische Transmissionsmechanismus in Europa beeinträchtigt und die Kreditbedingungen leiden weiterhin unter



der Fragmentierung der Finanzmärkte. Wir kommen voran, die regulative Architektur für einen integrierten Finanzmarkt in Europa zu schaffen. Lassen Sie uns nicht die Fortschritte vergessen, die wir bereits gemacht haben. Der einheitliche Aufsichtsmechanismus wurde in weniger als einem Jahr vereinbart, nachdem die Idee entstanden war. Die Kommission wird in Kürze einen Legislativvorschlag für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus als dessen natürliche Ergänzung vorlegen. Dieser soll aus einem Gremium und einem gemeinsamen Abwicklungsfonds bestehen und durch Abgaben durch den Sektor selbst finanziert werden.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der Bankenunion ist die Möglichkeit, die Rekapitalisierung der Banken direkt durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus zu erreichen. Vor zwei Wochen einigten sich die Finanzminister der Eurogruppe über die Grundsätze und Regeln für ein direktes Instrument zur Rekapitalisierung, und der Rat der Finanzminister hat weitgehendes Einvernehmen über die Werkzeuge für die Sanierung insolventer Banken erreicht.

Die Bankenunion ist wichtig, um den Prozess der Fragmentierung der Finanzmärkte in Europa umzukehren, damit die Integrität des Binnenmarktes erhalten und der Strukturwandel finanziert werden kann.

Es ist klar, dass diese Bankenunion nicht über Nacht vollendet wird. Deshalb müssen wir die aktuellen Schwächen des Bankensektors beheben, um sicherzustellen, dass der Finanzsektor wieder in der Lage sein wird, volkswirtschaftliche Ersparnis zu den produktivsten Verwendungszwecken zu leiten, um so die Anpassung und Erholung in der Realwirtschaft zu unterstützen.

Im Vergleich zu Europa – und auch zu Japan – ist es den Vereinigten Staaten gelungen, eine rasche und massive Reparatur ihres Bankensektors und Finanzsystems vorzunehmen, was nach Einschätzung der meisten Ökonomen bei der Eindämmung der Krise und der Wiederherstellung des Vertrauens eine wichtigere Rolle spielte als die Fiskalpolitik. In Europa haben wir eine Menge getan, aber wir haben noch viel Arbeit vor uns, um die Reparatur des Finanzsektors abzuschließen. Das ist der Grund, weshalb wir am 29. Mai dem



Euro-Gebiet empfohlen haben, sicherzustellen, dass der einheitliche Aufsichtsmechanismus und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde in den kommenden sechs bis zwölf Monaten strenge Bilanzanalyse und Stresstests durchführen. Das ist entscheidend, um die Reparatur der Kreditvergabemechanismen abzuschließen – da die europäische Wirtschaft bankenbasiert ist – aber es ist ebenso wichtig, dass die Kredite den produktivsten Verwendungszwecken zugeführt werden. Ein weiteres Beispiel ist die 10-Milliarden-Euro-Kapitalerhöhung der Europäischen Investitionsbank, die bereits wirksam geworden ist. Entsprechend wächst die Darlehensvergabe des EIB-Mandats für 2013 bis 2015 um 40 Prozent, was hauptsächlich KMU-Finanzierung, Innovation, Infrastruktur und grünes Wachstum betrifft.

Das bringt mich zu meinem dritten Punkt, den öffentlichen Finanzen. Die öffentlichen und privaten Exzesse des letzten Jahrzehnts bedeuten, dass die öffentliche Verschuldung in der Eurozone bei über 90 Prozent des BIP angekommen ist. Aber eine Tatsache, die leicht vergessen wird, ist, dass das Haushaltsdefizit in der Eurozone von über 6 Prozent des BIP im Jahr 2010 auf unter 3 Prozent in diesem Jahr reduziert wurde. Die Finanzpolitik hat jetzt einen glaubwürdigen Rahmen bekommen, und die Konsolidierung muss konsequent fortgesetzt werden, mit dem Fokus auf strukturelle Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen auf mittlere Sicht.

Die verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung wird umgesetzt. Mit diesen wichtigen Reformen sind die Optionen für die weitere fiskalpolitische Integration im Rahmen des bestehenden Vertrags über die Europäische Union dann allerdings ausgeschöpft.

Letzten November veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Entwurf zu einer tiefgreifenden und echten Wirtschafts- und Währungsunion, der weitere Elemente, Zeitrahmen und Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche und fiskalpolitische Integration aufgezeigt hat. Aus unserer Sicht muss das Hauptprinzip sein, dass jeder Schritt in Richtung mehr Solidarität und Vergemeinschaftung von wirtschaftlichen Risiken mit erhöhter Verantwortung und finanzpolitischer Konsequenz einhergehen muss – das heißt, mit einer weitergehenden Abgabe von Souveränität und tieferer Integration der Entscheidungsprozesse in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Meine Damen und Herren, alles in allem hat uns die Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich gezeigt, dass die Stabilitätskultur über die Geldpolitik und über die Finanzpolitik hinausgehen

muss. Ich beziehe mich insbesondere auf eine solide Aufsicht im Finanzsektor sowie auf die Vermeidung von schädlichen makroökonomischen Ungleichgewichten und die Implementierung von Strukturreformen als Voraussetzung für eine stabile Währungsunion. Eine Stabilitätsregel ist noch nicht einer Stabilitätskultur gleichzusetzen. Dies ist mehr als nur eine semantische Bemerkung.

Eine Kultur der Stabilität bedeutet nicht nur einen Rahmen von Normen und Regeln, die zur fiskalischen und finanziellen Stabilität beitragen. Kultur bedeutet auch, dass wir alle uns selbst unsere Regeln zu eigen machen. Natürlich sind uns allen die heutigen Sünder unter den Mitgliedsländern der Eurozone bekannt, aber in diesem Zusammenhang sollte man sich auch an die deutsch-französische Episode vor fast einem Jahrzehnt erinnern.

Dabei ist es verblüffend, dass die Kommission auf der einen Seite Forderungen für eine stärkere wirtschafts- und finanzpolitische Integration hört, auf der anderen Seite aber werden wir für unsere fundierten Empfehlungen für die Haushaltspolitik und Strukturreformen kritisiert. Dies lehrt uns, dass eine in eine Stabilitätskultur eingebettete, tiefgreifende Fiskalunion nicht über Nacht entstehen kann.

Ich begrüße die Tatsache, dass der Europäische Rat gerade bestätigt hat, dass die EU-Institutionen das Rückgrat für alle Schritte zur weiteren Integration bleiben werden, sodass die Integration wirksam und offen für alle Mitgliedstaaten ist. Gleichzeitig kann kein Fortschritt erzielt werden, wenn dies nicht durch einen zutiefst demokratischen Prozess geschieht, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Unsere Bürger erwarten – und akzeptieren – nicht weniger als das.

Meine Damen und Herren, dies bringt uns zu den Ursprüngen des europäischen Wirtschaftsmodells und der Notwendigkeit einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft. Bei der gemeinsamen EU-Wirtschaftsstrategie geht es vor allem um die Reform der europäischen Wirtschafts- und Sozialmodelle.

Es geht nicht darum, uns nostalgisch an den Status quo zu klammern, da dies nur zu einem dauerhaften wirtschaftlichen Niedergang Europas führen würde.

Und auch nicht darum, das europäische Modell zu demontieren, denn wir glauben an die Kombination von Stabilitätskultur, unternehmerischer Dynamik und sozialer Gerechtigkeit.

Sondern stattdessen geht es darum, wirklich die Reform und Modernisierung der Sozialen Marktwirtschaft voranzutreiben, im Interesse eines nachhaltigen Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Ich hoffe, dass die heutige Konferenz einen wertvollen Beitrag zu diesem Ziel leisten wird. Ich freue mich besonders auf Herrn Professor Tietmeyers Einsichten, da dieses Thema im Laufe der Jahrzehnte seine Herzensangelegenheit gewesen ist. Ich wünsche ihm alles Gute für seine Zukunft.

Vielen Dank.



„PERSPEKTIVEN FÜR EUROPA“

Teilnehmer der Podiumsdiskussion:

Olli Rehn, Vizepräsident der EU-Kommission

Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance

Alexander Graf Lambsdorff, Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP),

und stellv. Vorsitzender der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)

Prof. Dr. Lüder Gerken, Vorsitzender des Centrums für Europäische Politik (CEP)

Moderator:

Holger Steltzner, Herausgeber Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Der Einstieg in die Diskussion erfolgte durch den Vorsitzenden des Centrums für Europäische Politik, Prof. Dr. Lüder Gerken. In einem kurzen Input-Referat stellte er die zentralen Schlussfolgerungen der Studie „Die Euro-Reform. Eine neue Ordnung für die Eurozone“ vor, die er im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erarbeitet hat.

Auf Grundlage der Ergebnisse fordert Gerken eine nachhaltige, regelbasierte Ordnung für den Euro, die vier Anforderungen erfüllen muss: erstens das konsequente Einhalten von europäischen Rechtsvorschriften; zweitens die Wiedereinführung des Haftungsprinzips und damit auch die Möglichkeit von Staatsinsolvenzen; drittens eine Beseitigung des gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses von Staaten und Banken und, viertens, die Unterlassung exogener Reformentscheidungen. Kern des Modells ist eine automatische Schuldenschnittregel, die einsetzt, wenn ein verschuldeter Staat einen spezifischen Referenzwert erreicht. Das Insolvenzrisiko eines Staates würde dadurch exakter einschätzbar, Ansteckungsgefahren innerhalb der EU sinken und Korrekturmaßnahmen könnten früher eingeleitet werden, sodass Folgekosten nicht unnötig in die Höhe getrieben werden.

Der konkrete Vorschlag lautet: Wenn die Verschuldung eines Landes mehr als 90 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts beträgt, erfolgt ein automatischer Schuldenschnitt in Höhe von 10 Prozent. Für jene Staaten, die bereits heute einen Schuldenstand von über 90 Prozent aufweisen, ist eine Übergangszeit vorgesehen, die zum Schuldenabbau genutzt werden müsste. Anderenfalls käme es auch hier zu einem Schuldenschnitt von 10 Prozent.

Ein derartiges Modell, so Gerken, lässt Bevölkerung und Politiker eines Landes frühzeitig die Notwendigkeit des Handelns erkennen und – aus eigenem Antrieb – reagieren. Denn je näher die verschuldeten Länder dem Referenzwert kommen, desto stärker steigt der finanzielle Druck. Holger Steltzner, Herausgeber Frankfurter Allgemeine Zeitung, eröffnete nach dem Input-Referat die Diskussion mit der Frage nach dem ewigen „deutschen Glauben“ an die Einhaltung von Regelungen.

Der Vizepräsident der EU-Kommission, Olli Rehn, betont, dass dieser Glaube keinesfalls naiv sei. Jedoch verweist er auf bereits geschehene Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

und rät dazu – mit einem Blick auf den bisherigen Verlauf der Krise – vorsichtig mit dem vorgestellten Modell umzugehen.

Alexander Graf Lambsdorff, selbst Mitglied des Europäischen Parlaments, rechnet damit, dass ein „einfaches Regelwerk“ der Komplexität der europäischen Politik nicht gerecht würde. Politik sei nicht das „einfache Einhalten von Regeln“, es gehe vielmehr um Macht, um Interessen und letztlich immer um den Ausgleich.

Die Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance, Prof. Dr. Gesine Schwan, sieht einen grundsätzlichen Fehler darin, „Politik durch Recht oder Wirtschaft zu ersetzen“. Nach ihrer Überzeugung brauche es in Europa keine Deregulierung, sondern vielmehr eine Regulierung durch den Staat, die sich nicht zuletzt an den Prinzipien der sozialen Verantwortung orientiert. Dass die sozialpartnerschaftlichen Kompetenzen immer noch in den verschiedenen Mitgliedstaaten liegen und nicht europaweit wirken können, sei – so Schwan – einer der zentralen Fehler.

Moderator Holger Steltzner erzählt daraufhin eine Anekdote von einem chinesischen Staatsmann, der Merkel gefragt habe, ob die Ordnung in der Demokratie eine Ordnung sei, in der man Wahlen nur dann gewinnen könne, wenn man mehr verspricht als man halten kann. In diesem Zusammenhang nennt der FAZ-Herausgeber auch eine Studie des Internationalen Währungsfonds, die gezeigt hat, dass die Schulden der Mitgliedstaaten heute mit 110 Prozent der Wirtschaftsleistung so hoch liegen wie zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg.

Auf die Frage, was sie dem chinesischen Staatsmann geantwortet hätte, benennt Schwan den sozialen Frieden als eine zwar oft vernachlässigte, aber entscheidende Voraussetzung für die Wirtschaftskraft und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Es sei eine „alte Leier“, dass der Staat viel schenke und die Bürger viel nehmen und damit

unverantwortlich umgehen. Gerade bei dem Beispiel China müsse man sehen, dass dort doch viel mehr falsch laufe als „zu viel fließendes Geld in Sozialleistungen“. Als Beispiel nennt Schwan das politische und ökonomische Problem der Arbeitslosigkeit.

Steltzners Feststellung, dass die „Europa-Romantik“ inzwischen verfliegen sei, mündet in seiner nächsten Frage nach dem weiteren Zeitfenster für die Vertiefung der Währungsunion. EU-Kommissar Olli Rehn betont, dass schon viel getan worden sei, um die Wirtschafts- und Finanzunion voranzutreiben. Trotzdem gelte es weiter, das Finanzsystem zu verbessern, Europa zu stabilisieren, den Binnenmarkt zu komplettieren sowie die bi- und multilateralen Märkte weiter auszubauen. Außerdem müsse man die strukturellen Reformen in den Mitgliedstaaten vorantreiben. Dabei – so Rehn – bleibe es jedoch eine wichtige Aufgabe, Mikro- oder Überregulierungen zu vermeiden und stets die Stabilität eines Marktes zu gewährleisten, dessen Wettbewerb Europa tragen kann.

Der Moderator schließt die Diskussion schließlich mit der Frage nach einem Europa der mehreren Geschwindigkeiten und verweist dabei auf Vorstellungen, wie sie zum Beispiel Großbritannien immer wieder äußert. EU-Parlamentsmitglied Graf Lambsdorff antwortet klar: Man solle sich davon verabschieden, dass man mit einem „One-Size-fits-all“-Vertrag der Europäischen Union in die Zukunft gehen kann. „Nicht alle Länder können, wollen – oder auch beides – alles mitmachen“, so Graf Lambsdorff. Auch diesen Ländern müsse man eine Mitarbeit in Europa anbieten, aber eben nicht mit vollen Mitentscheidungsrechten. Mit einem gezielten Blick in Richtung Großbritannien, Dänemark und auch Schweden schließt Lambsdorff sein Statement und damit auch die Diskussion: „Wer mitmachen will, soll ruhig dazukommen, aber es können nicht alle Länder mitentscheiden über Angelegenheiten unserer Währung.“

Offizielle Verabschiedung von Prof. Dr. Hans Tietmeyer

Palmengarten, Frankfurt, 1. Juli 2013



„JETZT HANDELN – FÜNF HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“

Man sagt, „der Mensch steht im Mittelpunkt“ und weiß, dieser Satz läuft längst Gefahr, zu einer politischen Phrase zu werden. Und dennoch, er hat es in sich. Jedenfalls dann, wenn er ernst gemeint ist – wenn er den Menschen mit all seinen Fähigkeiten, mit all seinen Talenten, mit seinen Möglichkeiten, aber auch mit seinen Stärken und Schwächen und nicht zuletzt mit seiner Bereitschaft zur eigenen Verantwortung und zur eigenen Initiative anspricht. Und ebenso verhält es sich mit der Sozialen Marktwirtschaft: Wer den Menschen achtet, wer ihn wertschätzt und vor allem: wer ihm etwas zutraut, der hat die Grundmelodie unseres Wirtschaftsmodells verstanden. Und der weiß, dass die Soziale Marktwirtschaft alles andere als ein „System“ ist. Sie ist kein abgeschlossenes Konstrukt, sondern in Bewegung und in der Lage – und muss es auch sein –, auf sich ändernde Rahmenbedingungen angemessen reagieren zu können.

Der Staat kann und soll deshalb auch in das Marktgeschehen eingreifen, wenn das Gemeinwohl dies verlangt, darf dabei aber weder die Funktionsfähigkeit einer Wettbewerbswirtschaft beeinträchtigen noch Grundprinzipien freien Wirtschaftens wie die Eigenverantwortung oder die Eigeninitiative außer Kraft setzen.

Unter diesem Aspekt geht es einerseits darum, den Kräften des freien Marktes Grenzen zu setzen, beispielsweise Grenzen, die im Sinne des sozialen Ausgleichs notwendig sind, oder Grenzen, die verhindern, dass Kreditinstitute eine Systemrelevanz entwickeln, die ihre Insolvenz zu einer Gefahr für das Weltfinanzsystem werden lassen könnte.

Es kann auf der anderen Seite aber auch geboten sein, beispielsweise die Entwicklung des Sozialstaates zu einem Versorgungsstaat zu verhindern, der die Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft lähmt. So war die Agenda 2010 mit der arbeitsmarktpolitischen Orientierung am Prinzip des „Förderns und Forderns“ und einer nachdrücklichen Zumutbarkeitsregel im reformierten Arbeitsrecht aus meiner Sicht ein Gebot der Sozialen Marktwirtschaft.

Und Entsprechendes gilt heute für die Staaten der Euro-Region, die sich – wenn auch verschiedentlich auf dem Wege der Besserung – immer noch in kritischem Zustand befinden. Es geht auch bei ihnen vor allem anderen um Arbeitsmarktreformen, um eine Flexibilisierung, eine Öffnung der Arbeitsmärkte, damit das Inside/Outside-Problem, das am Anfang der horrenden Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern steht, endlich schon im Ansatz angegangen werden kann.

Hohe, für die jeweilige Wettbewerbslage offensichtlich zu hohe Arbeitskosten, verrechtlichte und verriegelte Arbeitsmarktstrukturen, dazu oft überdimensionierte öffentliche Verwaltungen und kaum praxistaugliche Ausbildungsmodelle – sie sind des Übels Kern in Südeuropa einschließlich Frankreichs. Es sind hausgemachte Probleme und bei aller Notwendigkeit, sich einzuschalten, zu drängen und auch partnerschaftlich zu helfen, in Wahrheit weder mit europäischem Geld noch mit guten Worten, sondern nur mit entschlossenen Reformen im nationalen Rahmen zu überwinden. Es sind herausragende Persönlichkeiten, die die Soziale Marktwirtschaft für unser Land erdacht

und entwickelt haben. Es sind Menschen wie Sie, Herr Professor Tietmeyer, die dieses Wirtschaftsmodell seither gestaltet, geformt und mit vollem Einsatz geprägt haben.

Sie haben einen hohen persönlichen Anteil daran, dass die Idee der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Land bei den vielen, teils außerordentlich weitreichenden Veränderungen, die schon hinter uns liegen, trotz und alledem lebendig geblieben ist.

Und deshalb freue ich mich als Ihr Nachfolger im Kuratorium der INSM, dass wir diesen Tag, dieses Forum Ihnen zu Ehren begehen können, und ich betrachte es als eine Auszeichnung, Ihre Arbeit fortzusetzen und wie Sie so deutlich wie nur möglich zu machen, worauf beruht, was unserem Land Stabilität, Fortschritt und auch Erfolg gebracht hat.

Um dies gleich hinzuzufügen: In einem Bundestagswahlkampf, der bis dato vor allem von Wahlversprechen und vermeintlichen politischen Wohltaten, von einer wachsenden Neigung der Politik zu staatlicher Bevormundung persönlichen wie unternehmerischen Handelns und einem zunehmenden Etatismus gekennzeichnet ist, der sich zudem – zumindest auf einer politischen Seite – ungeachtet von Rekorderneuerungen der öffentlichen Hände in einer wahren Steuererhöhungsorgie niederschlagen soll, erscheint ein nachdrückliches marktwirtschaftliches Engagement höchst angebracht.

Mindestrente, Garantierente, Lebensleistungsrente, Mütterrente – es ist eine ganze Kaskade an solchen und anderen Versprechen, die weit in die Zukunft reichen sollen, tatsächlich aber die Zukunft eines Landes ignorieren, das sich in einem tief reichenden demografischen Wandel befindet und das dennoch die Herausforderungen einer sich von Grund auf verändernden Welt bestehen muss. Das sind wir uns und den uns nachfolgenden Generationen schuldig.

Ich will dazu ein Wort aus der Berliner Rede des amerikanischen Präsidenten Obama für uns übersetzen und sage: Selbstgenügsamkeit darf nicht zum Charakteristikum unseres Landes werden!

· Die Globalisierung, die neue Weltordnung also, die sich – getragen von der rasanten Entwicklung der Informationstechnologien – vor unseren Augen mit immer höherem Tempo entwickelt und die unser „Old Europe“ politisch wie ökonomisch in ganz besonderer Weise herausfordert,

· der demografische Wandel, der unser Land viel tiefer verändern wird als fast alle anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union,

· die Themen Erziehung und Bildung, Qualifikation und lebenslanges Lernen, die in der industriellen Wissensgesellschaft, in der wir heute leben, den Vorrang gewinnen müssen vor der sozialen Reparatur dessen, was in Kindheit und Jugend aus höchst unterschiedlichen Gründen nicht gelang,

· Investitionen in Bildung, in Infrastruktur, in Wissenschaft und Forschung als entscheidende Bausteine, um Wohlstand aus Innovation schöpfen und soziale Gerechtigkeit in unserem Land erhalten zu können,

das sind die großen Zukunftsthemen, die jetzt in den Mittelpunkt des Interesses gehörten. Doch bisher spielen sie hierzulande eher marginal eine Rolle. Das fordert uns heraus. Und deshalb möchte ich hier und heute gern einige der uns aufgegebenen Herausforderungen etwas deutlicher ansprechen.

Dabei ist mir bewusst, wie sehr die zurückliegenden Jahre von einem wenig wohlgeschmeckenden Begriff geprägt waren. „Krise“ war und ist das Hauptwort nun schon seit geraumer Zeit. Globale Finanzkrise, europäische Staatsschuldenkrise, Wirtschaftskrise, Krise Europas – es scheint, als sei man so ermüdet vom Eindämmen dieser oder jener Krise, dass man den Wählerinnen und Wählern nun als Dank fürs Verständnis



– in Wahrheit sogar Beifall heischend – einiges an Wohltaten zukommen lassen möchte.

Im Grunde ist es hier wie mit den Hochwässern, die in diesem Jahr wieder Land und Leute überschwemmten und aufs Schwerste belasteten. Auch da wäre es sinnvoller gewesen, nach den schrecklichen Erfahrungen vorheriger Jahre vorausschauend in den Hochwasserschutz zu investieren, statt nun hinterher, nach der Katastrophe, wieder Milliarden in Nothilfen und den Wiederaufbau stecken zu müssen. Aber das scheint stilprägend zu sein.

Wir leisten uns ja auch und immer noch, dass jährlich mehr als 50.000 junge Menschen ohne jeglichen Schulabschluss ins Leben entlassen werden – junge Leute, für die wir heute, morgen und übermorgen zahlen werden – in Form von ausufernden Transferleistungen und nicht besetzten Ausbildungsstellen.

Fast könnte man den Eindruck gewinnen, wir zahlten lieber für bildungs- und arbeitsmarktfer-

ne junge Leute, als das Problem im Kern anzugehen – und das, obwohl der Bedarf an Fachkräften eine der großen Herausforderungen unserer Wirtschaft ist und sich weiter zuspitzen wird.

So will es uns bisher auch nicht recht gelingen, die Lücken auf dem Arbeitsmarkt im Wege verstärkter Zuwanderung zu schließen. Wir schaffen es offenbar nicht, Zuwanderer im Land zu halten. Von einer Million Zuwanderern im Jahr 2012 sind unterm Strich jedenfalls nur 400.000 geblieben. Eine durchaus bedenkenswerte Entwicklung. Denn die neuen Zuwanderer sind nach einer Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hoch qualifiziert: 43 Prozent von ihnen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren haben einen Meister, einen Hochschul- oder Technikerabschluss.

Zum Vergleich: Unter unseren Einheimischen ohne Migrationshintergrund verfügen nur 26 Prozent über vergleichbare Abschlüsse. Doch sobald es ihren Heimatländern wieder etwas besser geht, verlassen uns die neuen Zuwanderer wieder.

Der DIHK fordert bereits, so etwas wie „Welcome Center“ aufzubauen, um die Integration der Zuwanderer zu fördern. Doch solche Forderungen haben es in diesen Tagen schwer – im Vergleich – ja, etwa zur Mütterrente...

Es sind Fragen über Fragen, die beantwortet sein wollen, beispielsweise: Warum schaffen wir es nicht, wesentlich mehr Interesse und Interessierte für die sogenannten MINT-Fächer zu gewinnen? Welcher Politiker fragt in diesen Tagen nach der Zukunft der deutschen Ingenieurskunst – wie es also weiter geht mit dem, was uns in der Welt ausmacht, was unser entscheidender Wettbewerbsvorteil ist? Warum schaffen wir es nicht, noch mehr und wirksamere Anreize zu schaffen, um junge Leute zu Gründern, Unternehmern, zu Gestaltern zu machen?

Wir leisten uns Tag für Tag Debatten um Nebensächlichkeiten, leisten uns Neiddebatten, die ja auch der wahltaktische Reiz der gegenwärtigen Steuererhöhungsforderungen sind, und verweisen nur allzu gern auf den Staat als Problemlöser Nr. 1.

Doch weil dieser Problemlöser leider nicht immer die naheliegenden Lösungen wählt, haben wir ein Bildungsproblem, das die Chancengerechtigkeit aufs Spiel setzt, einen Fachkräftemangel, der namentlich die produzierende Wirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, und schaffen es nicht, Frauen, die Älteren oder bildungsferne junge Menschen im Arbeitsmarkt zu halten oder zu integrieren. Doch daran hängt unser Wohlstand – gerade angesichts des demografischen Wandels, aus meiner Sicht der größten Herausforderung für unser Land.

Nach der schon zitierten Bertelsmann-Studie wird unser Arbeitskräftepotenzial von heute 45 Millionen bis zum Jahr 2050 auf 27 Millionen absinken. Jahr für Jahr werden uns demnach ab jetzt durchschnittlich rund 500.000 Menschen weniger im Wirtschaftsleben zur Verfügung stehen.

Und deshalb muss es uns vor allem gelingen, die Altersgruppe 54plus noch besser als bisher in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nur so können wir eine erhebliche Schwächung der Wirtschaftskraft und damit auch des Wohlstandes in unserem Land durch äußerst geringe Geburtenraten und gleichzeitig weiterhin steigende Lebenserwartung kompensieren. Frühverrentungen darf es nicht



mehr geben und ein flexibles, mit der weiter ansteigenden Lebenserwartung kompatibles Renteneintrittsalter ist nötig.

Der Demografie-Forscher James W. Vaupel hat neulich gesagt: „Ein Kind, das 2010 in Deutschland zur Welt gekommen ist, wird mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit 100 Jahre alt.“ Aber arbeiten soll es bis höchstens 67?

Das kann keinen Sinn machen, zumindest nicht für Jede und Jeden. Und genau deshalb brauchen wir flexible Modelle, damit Unternehmen gut ausgebildete und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger beschäftigen – und dies auch können und tatsächlich tun.

Wenn es uns beispielsweise gelingt, so hat der DIHK errechnet, den Anteil der erwerbstätigen 56- bis 64-Jährigen von derzeit 61,5 auf 67 Prozent zu steigern, haben wir bereits 600.000 bis 800.000 Erwerbstätige mehr. Mit all den positiven Folgen – auch und gerade für die Rentenkasse.

Entwickelt sich die Erwerbsbeteiligung Älterer in günstiger Weise, also im Sinne eines „Best Case Szenario“, wird sich der Rentenbeitragssatz bei einer Anpassung des Rentenniveaus gemäß der Nachhaltigkeitsformel bis zum Jahr 2030 auf lediglich 20,9 Prozent, bis ins Jahr 2050 auf 23,3 Prozent erhöhen. So lautet das Ergebnis einer von der INSM in Auftrag gegebenen Studie. Insgesamt werden derzeit mehr als zwei Millionen Menschen bei uns vom Arbeitsmarkt ferngehalten – nicht zuletzt Frauen und Mütter sind dies, die nach „Familie und Kindern“, wenn überhaupt, nur schwer den Weg zurück in den Job oder in einen anderen Beruf finden. Das hat das Hamburger Institut für Weltwirtschaft für uns ermittelt. Zwei Millionen Menschen, die wir mehr am Arbeitsmarkt brauchen werden. Das ist eine beeindruckende Zahl. Auf Jede und Jeden von ihnen muss es uns ankommen.

Das ist auch das Signal, das wir in unsere Schulen vermitteln müssen. Dort, wo die Grundlagen gelegt werden, wo es um Erziehung, Bildung und Qualifikation geht, der wichtigsten Aufgabe, der wir uns gewachsen zeigen müssen. Ziel muss sein, dass jede Schülerin, jeder Schüler, ihre und seine Fähigkeiten, ihre und seine Potenziale entfalten kann. Es gibt kein Kind, das ohne Talente auf die Welt kommt!

An uns ist es, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer in die Lage zu versetzen, damit sie diese Talente auch erkennen und fördern können. Dazu brauchen sie als die „Menschenbildner“, die sie sind oder sein sollen, eine entsprechende gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Anerkennung. Und dazu bedarf es auch einer Aufwertung ihres Berufes – nicht durch immerwährende Verbeamtung, sondern durch eine leistungsgerechte, auch höhere Honorierung für höher qualifizierte, leistungsstarke, begeisterungsfähige Lehrerinnen und Lehrer, die wir brauchen, weil sie Kindern etwas mitgeben auf ihrem Lebensweg und für ihre berufliche Zukunft, ob als Unternehmerin oder Unternehmer, als Fachfrau oder -mann, als Ideengeber oder als Mitgestalter unserer Gesellschaft.

Eine solche Bildungspolitik ist aus meiner Sicht die beste Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die beste Politik der sozialen Sicherung. Statt weiterhin auf eine nachsorgende Sozialpolitik zu setzen, müssen wir spätestens jetzt – im Zeichen des demografischen Wandels und eines hohen Bedarfs an Fach- und Führungskräften – auf eine vorsorgende Bildungspolitik umsteigen. Und dazu braucht Jede und Jeder die gleiche Chance auf Bildung – es verlangt Chancengerechtigkeit als Grundbedingung einer modernen Leistungsgesellschaft.

Aber eine solche Bildungspolitik müssen wir uns leisten wollen, sie kostet Geld, Kraft und Fantasie. Ich stelle mir vor, wir würden eine Summe, wie wir



sie gegenwärtig beispielsweise zur Förderung des Exports von hier nicht einsetzbarem Wind- und Sonnenstrom aufwenden, in Kindergärten, Schulen und Hochschulen investieren – wir wären viele Sorgen los, sage ich an die Adresse namentlich der Bundesländer, die ihre Zuständigkeit auf diesem Felde stets zu wahren wissen, während ihr Engagement nur allzu rasch erlahmt, wenn es um klare, auch haushälterisch klare Prioritäten geht. Wie sieht es in der Gegenwart aus? Bei den Bildungsausgaben hinken wir seit Jahren hinterher. Andere Länder – Skandinavien und weite Teile Asiens – investieren weit mehr in Bildung und ebenso in Wissenschaft und Forschung. Und wir werden unseren Platz in dieser neuen, sich dramatisch verändernden, wie wir sagen: in dieser globalisierten Welt nur behaupten können, wenn wir auch investieren.

Die deutsche Investitionsquote liegt seit 2007 deutlich unter jener der anderen G7-Staaten. Unsere Straßen sind in schlechtem Zustand, die Zahl der Schulabbrecher ist viel zu hoch – und die Wahlkämpfer versprechen: Renten und Kindergeld und ein gebührenfreies Studium

dazu. Oder sie tüfteln an einem neuen Punktesystem in Flensburg... Eine strukturelle Erneuerung unseres Landes sieht anders aus!

Trauen wir uns nicht zu, in die Zukunft zu blicken? Es stimmt, wie EU-Kommissar Oettinger sagte, unser Land bewegt sich derzeit auf der Höhe seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Dafür genießen wir derzeit viel Aufmerksamkeit und Anerkennung. Der deutsche Mittelstand, die duale Berufsausbildung, der – noch – recht kräftige industrielle Sockel, eine funktionierende Sozialpartnerschaft und ein relativ flexibles Arbeitsrecht sind die wichtigsten Faktoren unseres Erfolges.

Aber die politische Tagesordnung, wie sie momentan formuliert wird, ist alles andere als eine Garantie dafür, dass dies so bleibt. Dabei tragen wir eine große Verantwortung dafür, dass nicht nur unser Land auf Erfolgskurs bleibt, sondern dass dieses „Old Europe“ letztlich gestärkt aus den Krisenjahren hervorgeht. Vom „kranken Mann Europas“ sind wir zum „Wachstumsmotor Europas“ mutiert. Das war eindrucksvoll, gibt aber keine Gewähr auf eine gute Zukunft.

Nur keine Illusionen: Die deutsche „Energiewen-

de“ kostet die deutsche Industrie mehr als diesem Industriestandort gut tut. Sie braucht dringend mehr Wettbewerbs- statt Staatswirtschaft und nicht nationale Alleingänge, sondern Europäisierung. Eine europäische Energiewende in Gestalt einer europäischen Energieunion – sie würde auch global Eindruck machen und Wirkung erzielen können.

Und dieses Europa braucht weiterhin mutige strukturelle Reformen und konsolidierte öffentliche Haushalte, ein Ende der „Pumpökonomien“ und der unheiligen Allianzen von Staats- und Geldwirtschaft, die Wiederherstellung des eigentlich selbstverständlichen Zusammenhangs von Chance, Risiko und Haftung und: eine gemeinsame und konkrete, engstmöglich abgestimmte, endlich auch verbindliche und verlässliche Finanz- und Wirtschaftspolitik, die übrigens ohne einen flexiblen und europaweit mobilen Arbeitsmarkt nicht gelingen kann.

Und es braucht einen kräftigen Wachstumsimpuls: Roland Bergers Vorschlag eines bisherige Grenzen sprengenden, umfassenden europäischen Infrastrukturprogramms für Energie, IT, Straße und Schiene, privat finanziert, europaweit gemeinsam und investitionsfreundlich reguliert, könnte ein solcher Impuls sein.

Fehlt in Brüssel und in den Hauptstädten Europas der Mut dazu? So wie Berger es beschrieb ginge es jedenfalls besser als mit öffentlichem Geld, das es schon deshalb nicht geben darf, weil die Schuldenberge der öffentlichen Hände eh schon viel zu hoch sind und dringend abgetragen werden müssen.

Ich wiederhole gern: Selbstgenügsamkeit darf nicht zum Charakteristikum unseres Landes werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung unseres Landes. So ist es anlässlich der Wiedervereinigung im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 ausdrücklich festgehalten. Sie ist

auch – wie im Vertrag von Lissabon nachzulesen – Grundlage des wirtschaftspolitischen Handelns der EU.

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, sie wieder voll ins Spiel und ins Bewusstsein der Akteure zu bringen – in Deutschland wie in Europa. Und wir stützen uns dabei auf Erfahrungen, die Professor Tietmeyer vor Jahren so beschrieb: „Je mehr Wettbewerb und private Initiative erlahmten und je stärker der Staat ins wirtschaftliche Geschehen eingriff, desto mehr ließen auch wirtschaftliche Dynamik und Innovation nach.“

Weil es heute genauso ist, dass die Neigung der deutschen und beinahe noch mehr der europäischen Politik erkennbar und bedenklich zunimmt, immer mehr und anscheinend immer unbedachter in persönliche und unternehmerische Verantwortungsbereiche einzugreifen, immer weniger zu überzeugen und immer mehr „von oben herab“ regulieren zu wollen, deshalb treten wir für wieder mehr Soziale Marktwirtschaft ein – für Deutschland und auch für Europa.



„WIE STEHT ES UM DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT?“

Es ist mir Ehre und Freude zugleich, bei meinem ersten Einsatz als Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Gedanken zur Lage der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Wirken Professor Hans Tietmeyers zu verbinden. Meine ersten Kontakte zu ihm reichen weit zurück, sie gewannen eine höhere Stufe im Rahmen des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft. Die regelmäßige Teilnahme an unseren Sitzungen spricht für sein intensives Interesse am Kontakt, auch an den Auseinandersetzungen mit der Wissenschaft.

Mit der Berufung in das Direktorium der Deutschen Bundesbank begann dann eine intensive, fruchtbare Zusammenarbeit. Respekt und Loyalität gegenüber dem Präsidenten verstand sich von selbst, eine Pflicht, die umso leichter fiel, als die Person Hans Tietmeyer des Amtsbonus in unserem Verhältnis nicht bedurfte. War Hans Tietmeyer schon an meiner „Wandlung“ zum Notenbanker nicht unschuldig, so nahm er mich dann bei der bevorstehenden Gründung der EZB in die Pflicht. Im Ergebnis führte dies zu den interessantesten Jahren meiner beruflichen Laufbahn. Lieber Herr Professor Tietmeyer, meine Frau hat Ihnen diese „Beschlagnahme“ wohl immer noch nicht ganz verziehen. Allen Versuchungen zum Trotz will ich es bei diesen persönlichen Reminiszenzen belassen.

Schon in jungen Jahren hat er die Philosophie der Sozialen Marktwirtschaft an authentischer

Quelle verinnerlicht. Sein akademischer Lehrer Alfred Müller-Armack hat die Botschaft auf den bis heute gültigen Nenner gebracht: „Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“¹ In dieser Definition, diesem Motto, wie im Begriff ist nicht nur der Anspruch, sondern auch bereits die Problematik der Konzeption angesprochen. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Im Bundeswirtschaftsministerium war schon bald der ordnungspolitische Impetus des jungen Mitarbeiters zu spüren. Mit dem Aufstieg in der Hierarchie wuchs dann auch sein Einfluss. Das Gesetz über den Sachverständigenrat zeigt seine Handschrift. Der wichtigste Beitrag, geprägt von ordnungspolitischer Orientierung, trägt den Namen des damaligen Wirtschaftsministers – ohne das sogenannte Lambsdorff-Papier wäre die Politik im Allgemeinen und die Wirtschafts- und Finanzpolitik im Besonderen in Deutschland wohl ganz anders verlaufen. Über die Konsequenzen für die Gestaltung der deutschen Wiedervereinigung kann man nur spekulieren.

Im Vorwort zum vom Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank herausgegebenen Band „Hans Tietmeyer – Währungsstabilität für Europa“² ist zu lesen:

„Das Werk Hans Tietmeyers wäre nicht zu verstehen, würde man seinen ordnungspolitischen Bezug und die damit untrennbar verknüpften

1 Müller-Armack, Alfred, Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Neunter Band, Göttingen 1956.

2 Baden-Baden 1996.

ethischen Grundüberzeugungen außer acht lassen. Als Schüler von Müller-Armack ist er geprägt durch die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft auf dem Boden und im Verständnis der katholischen Soziallehre. Von seiner Diplomarbeit „Der Ordo-Begriff in der katholischen Soziallehre“ bis zur Lectio zu den „Intertemporalen Herausforderungen wirtschaftspolitischen Handelns“ anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde seiner Alma Mater in Münster spannt sich der Bogen seiner ordnungspolitischen Beiträge. Damals wie heute würde Professor Hans Tietmeyer keinen Satz schreiben und keine Entscheidung treffen, die nicht mit seinen ethischen Überzeugungen und der daraus abgeleiteten Sicht der Wirtschafts- und Alltagswelt in Einklang stünden.“

Mit der europäischen Integration eröffnete sich zeitlich parallel zur innenpolitischen Debatte eine neue Dimension. Professor Hans Tietmeyer war nicht nur bei den entscheidenden Weichenstellungen dabei, wie wenige hat er bei allen, technisch oft komplizierten Details niemals den Gesamtzusammenhang, also die ordnungspolitische Dimension, aus den Augen verloren. Sein Ruf als zäher, aber fairer Verhandlungspartner eilte ihm voraus und hat manchem schon vor der Anreise den Schweiß auf die Stirn getrieben. Bei einer Laudatio im Rathaus der Stadt Münster im März 2010 hat Jean-Claude Trichet berichtet:

„Als Raymond Barre einst Premierminister war (1976 bis 1981), fragte er mich einmal, ob ich als Mitarbeiter des Schatzamtes oft nach Brüssel reise. Da müsse ich Monsieur Tietmeyer treffen, und er fügte hinzu: ‚Er ist sehr einflussreich, aber er ist ein zäher Verhandlungspartner. Ich wünsche Ihnen, wenn Sie Angelegenheiten mit ihm zu diskutieren haben, viel Glück!‘ Das war ein großes

Kompliment. Deutschland und Europa haben Professor Hans Tietmeyer viel zu verdanken. Er hat sich entschieden dafür eingesetzt, dass der Euro eine stabile Währung wird.“

Als Notenbanker, ab Oktober 1993 als Präsident der Deutschen Bundesbank, hat Professor Hans Tietmeyer seine ordnungspolitische Orientierung in ganz anderem Umfeld bewiesen. Geldpolitik als Mittel zur Erreichung des vom Gesetzgeber vorgegebenen Zieles war immer im Gesamtzusammenhang zu sehen. Dies galt gerade unter den besonderen, schwierigen Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung und schon bald auch bei der Vorbereitung auf die Europäische Währungsunion.

Kein geringerer als Walter Eucken hat die Geldwertstabilität als konstituierendes Prinzip einer marktwirtschaftlichen Ordnung herausgestellt: „Alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, sind umsonst, solange eine gewisse Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist. Die Währungspolitik besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein Primat.“³ Diesen Primat auch für die neue, einheitliche europäische Währung, den Euro, zu fordern und durchzusetzen, bestimmte Tietmeyers Denken und Wirken bei der Konzeption und dem Beginn der Europäischen Währungsunion. Die Kompromisslosigkeit, mit der er diese Position vertrat, war einerseits ein wichtiger Beitrag, um diesem Projekt von Anfang an Glaubwürdigkeit zu verleihen. Andererseits brachte ihm diese Haltung – man möchte sagen – zwangsläufig prominente Gegnerschaft im In- und Ausland ein.

Sprach man schon im Vorfeld der Währungsunion etwa in Frankreich vom „System Tietmeyer“, so erinnert das an die Attacken gegen den angeblichen Hegemonieanspruch Deutschlands in der

3 Eucken, Walter, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 2. Auflage, Tübingen 1955, S. 256.

Krise. In einem offenen Brief vom November 1996 erklärte Helmut Schmidt Hans Tietmeyer zum „wichtigsten Gegner der Währungsunion“. Er fährt dann fort: „Und die Insistenz und Penetranz Ihrer Reden machen nicht nur Sie selbst unbeliebt – was Sie ertragen können –, sondern machen auch Deutschland insgesamt unbeliebt – was wir nicht verdient haben und nur schlecht ertragen können. Vielen unserer Nachbarn erscheint das von Ihnen vertretene Deutschland als herrschsüchtig und als zu mächtig.“ So kann nur jemand argumentieren, der die Geldwertstabilität im trade-off mit der Beschäftigung sieht und den Primat der Währungspolitik für eine „monomane Ideologie“ hält. Muss man sich da über die aktuellen Reaktionen im Ausland wundern? Präsidenten der Bundesbank müssen sich offenbar immer wieder gegen den infamen Angriff wehren, ein Bekenntnis zum Prinzip stabilen Geldes, geführt von einer von Einflüssen der Politik unabhängigen Notenbank, sei insgeheim ein Angriff auf die gemeinsame Währung.

Wie steht es aber nun um die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland? Die Sorge um die Wirtschaftsordnung hat zur Initiative für eine neue Soziale Marktwirtschaft geführt und Hans Tietmeyer an deren Spitze.

Als ich 2006 den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik erhielt, habe ich für meine Rede den Titel gewählt: „Der Abschied von der Ordnungspolitik – unaufhaltsam?“ Es fällt schwer, überzeugende Argumente dafür zu finden, sieben Jahre später Optimismus zu verbreiten. Ob Mindestlohn oder Mietstopp – Mietpreisbremse lautet die verschämte Vokabel –, der Wahlkampf gleicht inzwischen einem Wettbewerb in der Preisgabe marktwirtschaftlicher Prinzipien. Und was noch schlimmer ist: Der Sozialen Marktwirtschaft sind die Gegner – nicht inhaltlich, aber in der öffentlichen Debatte – abhanden gekommen. Man bekämpft die Soziale Marktwirtschaft nicht

mehr – das könnte manche Wähler und Leute noch verschrecken –, sondern erklärt einfach, dass völlig systemwidrige Eingriffe geradezu Ausfluss einer auf soziale Gerechtigkeit zielenden Politik sind und damit – gewissermaßen im höheren Sinne – dem Anliegen Ludwig Erhards entsprechen. Solche Positionen einnehmen zu können und dafür nicht der Geistesverwirrung bezichtigt zu werden, mag als weiterer Beleg für den Verfall ordnungspolitischen Denkens in Deutschland gelten.

Das Epitheton „Sozial“ war von Anfang an der Januskopf in der Konzeption. Auf der einen Seite machte es die Verpflichtung des Staates deutlich, über die auch sozial positiven Wirkungen des Marktes hinaus, sich um die schwachen Mitglieder der Gesellschaft zu sorgen, und trug damit erheblich zur politischen Akzeptanz bei. Auf der anderen Seite öffnete sich hier eine weite Tür für alle möglichen Vorstellungen und Forderungen unter dem Vorwand sozialer Gerechtigkeit, die mit einer freiheitlichen Ordnung immer weniger vereinbar sind. Auf eben diese „soziale Gerechtigkeit“ berufen sich jedoch heute alle möglichen Gruppierungen und usurpieren damit die Konzeption als Ganzes.

Hans Tietmeyer hat die Symbiose zwischen der Effizienz der Marktwirtschaft und ihren sozialen Wirkungen treffend charakterisiert (Börsenzeitung vom 12. Juni 2008: „Die richtig verstandene Soziale Marktwirtschaft verdient das Prädikat ‚sozial‘ vor allem deshalb, weil sie eine nachhaltige leistungsfähige Wirtschaftsordnung ist und weil sie Chancen schafft. Soziale Marktwirtschaft ist nicht primär ein Umverteilungskonzept. Sie ist in erster Linie ein Ordnungskonzept für eine dauerhaft funktionsfähige Marktwirtschaft, die auf individuelle Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung aufbaut.“ Die gegenwärtige Debatte um Mindestlohn oder Mietpreisbremse belegt das ganze Ausmaß wirt-

schaftspolitischer Desorientierung. Die Warnungen vor den absehbaren schädlichen ökonomischen Wirkungen und den am Ende auch negativen sozialen Folgen verhallen mehr und mehr ungehört.

Interventionistische Eingriffe werden häufig und in zunehmendem Maße mit dem Streben nach größerer sozialer Gerechtigkeit begründet. Wie Hayek jedoch überzeugend nachgewiesen hat, liegt es in der Natur der letztlich auf Einzelfallgerechtigkeit bedachten Politik, dass sie ihr Ziel nicht erreichen kann, aber mit ihren Maßnahmen die Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung gefährdet und am Ende zerstört. Der „Konflikt zwischen dem Ideal der Freiheit und dem Wunsch, die Verteilung der Einkommen zu ‚korrigieren‘, um sie ‚gerechter‘ zu machen, wird gewöhnlich nicht deutlich erkannt. Aber jene, die distributive Gerechtigkeit erreichen wollen, werden sich in der Praxis bei jedem Schritt von der Herrschaft des Gesetzes behindert sehen. Sie müssen wegen der Natur ihres Zieles diskriminierendem und willkürlichem Handeln den Vorzug geben. Doch da sie sich gewöhnlich dessen nicht bewusst sind, dass ihr Ziel und die Herrschaft des Gesetzes prinzipiell unvereinbar sind, fangen sie an, in einzelnen Fällen ein Prinzip zu umgehen oder außer acht zu lassen, das sie oft wünschen würden, im allgemeinen eingehalten zu sehen.“⁴ Je größer die Kluft zwischen staatlichem Aktionismus sowie Versprechungen auf der einen Seite, anschließendem Versagen und folglich enttäuschten Erwartungen auf der anderen Seite, desto größer der Verlust an Vertrauen in Staat, Politik und Politiker. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Begriff „Reform“ durch ständigen Missbrauch für interventionistischen Aktionismus zunächst seines politischen Inhalts sukzessive be-

raubt wird und schließlich in ein eher Schrecken verbreitendes Motto degeneriert.

Auf der Ebene der Individuen untergräbt die Schaffung immer neuer Ansprüche auf soziale staatliche Leistungen nach und nach die Moral der Gesellschaft. Wer bleibt schon immun, wenn ringsherum – durchaus im gesetzlichen Rahmen – die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten und staatlichen Hilfeleistungen ausgenutzt werden? Warum nicht selbst legitime Ansprüche geltend machen? Wie sehr es sich hier um eine über die Zeit konstante Variable menschlichen Verhaltens handelt, sagt uns schon Sallust: „Wo den Schlechten Prämien zufallen, ist nicht leicht einer umsonst gut.“ Individuelle Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung bleiben unter solchen Bedingungen auf der Strecke. Fast zwangsläufig bleibt die Einstellung der Leistungsträger von dieser Veränderung des gesellschaftlichen Klimas nicht unberührt. Ihnen geht mehr und mehr das Verständnis dafür ab, mit ihren Steuern einen wesentlichen Teil dieser staatlichen Leistungen zu finanzieren. Gerade in einer alternden Gesellschaft droht die Gefahr, dass sich die jungen Eliten dieser als Ausbeutung angesehenen Belastung entziehen und ihre Zukunft außerhalb Deutschlands suchen.

Die Grenzmoral bestimmt dann mehr und mehr das allgemeine Verhalten. Es ist undenkbar, dass eine Gesellschaft, die diesem Erosionsprozess ausgesetzt ist, ihre produktiven Möglichkeiten ausschöpft und auf Dauer auch nur den erreichten Wohlstand bewahren kann.

Ein scharfsinniger Beobachter wie Tocqueville hat die Gefahren schon früh erkannt. In dem Kapitel mit der vielsagenden Überschrift „Welche Art von Despotismus die demokratischen Nationen zu fürchten haben“ warnt er: „...der Sou-

4 von Hayek, Friedrich A., *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971, S. 298.



verän breitet... seine Arme über die Gesellschaft als Ganzes aus; er bedeckt ihre Oberfläche mit einem Netz verwickelter, äußerst genauer und einheitlicher Vorschriften, die die ursprünglichsten Geister und kräftigsten Seelen nicht zu durchbrechen vermögen, um sich über die Menge hinauszuschwingen; er bricht ihren Willen nicht, aber er weicht ihn auf und beugt und lenkt ihn; er zerstört nicht, er hindert, dass etwas entstehe; er tyrannisiert nicht, er hemmt, er drückt nieder, er zermürbt, er stumpft ab, und schließlich bringt er jedes Volk soweit herunter, dass es nur noch eine Herde ängstlicher und arbeitsamer Tiere bildet, deren Hirte die Regierung ist.⁴⁵

Mit über fünf Millionen Arbeitslosen und anämischem Wachstum hat Deutschland für Fehler der Wirtschaftspolitik, insbesondere Verkrustungen des Arbeitsmarktes in der Vergangenheit teuer bezahlt. Heute gilt unser Land als Modell, geradezu Vorbild für den Willen zu Reformen, die schließlich selbst Vollbeschäftigung nicht mehr als *Fata Morgana*, sondern als realistisches Ziel er-

scheinen lassen. Im Übermut des gegenwärtigen Erfolges ist Deutschland dabei, mit Eingriffen und Maßnahmen aller Art, die gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen, Stück um Stück die Zukunft zu gefährden. Dabei gäben allein schon Zwänge der Demografie und der sichtbare Verfall der Infrastruktur allen Anlass, die Dynamik der Wirtschaft zu stärken und nicht erneut zu schwächen.

Die Grundlagen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu sichern, bleibt eine Daueraufgabe. Die Funktionsbedingungen der Marktwirtschaft mit dem politisch und moralisch gebotenen sozialen Ausgleich zu verbinden, gleicht immerwährend einer Gratwanderung. Wer sich dafür einsetzt, muss mit Spott und Ignoranz rechnen, Resignation hieße jedoch nur, das Feld den Gegnern kampflos zu überlassen. Wie entgegnet doch Rieux dem Einwand, alle Erfolge bei der Bekämpfung der Pest seien immer nur vorübergehend: „Toujours, je le sais. Ce n'est pas une raison pour cesser de lutter.“ (Albert Camus, *La Peste*).

5 de Tocqueville, Alexis, *Über die Demokratie in Amerika*, München 1984, S. 815.



„IM DIENST FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT – HANS TIETMEYER UND DIE INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“

Es war kein Zufall und auch kein finanzieller Übermut, dass die Mitgliedsverbände von Gesamtmetall vor nahezu 14 Jahren die Initiative ins Leben gerufen haben. Diese Industrie ist mehr als jede andere im weltweiten Wettbewerb, hat eine enge Vernetzung großer, kleiner und mittlerer Unternehmen, liegt jeweils voll im jeweiligen technologischen und gesellschaftlichen Trend und ist aktiver Brennpunkt unseres Modells der Sozialpartnerschaft. Sie ist deshalb auf den funktionierenden Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft in besonderer Weise angewiesen. Genau dieses Funktionieren ist stets gefährdet, Grundsätze einer Sozialen Marktwirtschaft werden immer wieder missachtet, weil es zunächst bequemere Wege zu geben scheint und mit solchen Wegen misslingt dann auch meistens der notwendige betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Anpassungsprozess. Damals näherte sich unsere Wachstumsrate dem Nullpunkt, die Arbeitslosigkeit stieg ständig an, Unternehmen standen auf der Investitionsbremse, öffentliche Schulden explodierten und die Finanzierung unserer Sozialsysteme schien aus dem Ruder zu laufen. Reformen waren unumgänglich geworden und nach unserer Überzeugung mussten sich diese an den grundsätzlichen Leitlinien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.

Wir haben die Initiative als ein professionell geführtes Netzwerk gestaltet. An der programmatischen und sichtbaren Spitze steht ein Kuratorium, dessen Vorsitzender Soziale Marktwirtschaft glaubwürdig verkörpern muss. Unser tiefer Respekt und unendlicher Dank gilt Ihnen, lieber

Professor Tietmeyer, dass Sie sich in dieser Gründungsphase mit Ihrer Kompetenz, Erfahrung und Reputation für dieses Ehrenamt zur Verfügung gestellt haben. Dies war eine der entscheidenden Weichenstellungen.

Die Konzeption der Initiative und das Gelingen der praktischen Umsetzung waren damals durchaus ein Risiko, das durch Ihr Mitwirken und Ihre Präsenz kalkulierbarer und schließlich beherrschbar sowie erfolgreich werden konnte. Das Schlagwort in dieser Phase der Initiative „Sozial ist, was Arbeit schafft“ fand allgemeinen Eingang in die öffentliche Debatte und stellte Zusammenhänge klar. Dies ist nur ein Beispiel der zahlreichen Kampagnen aus den vergangenen zehn Jahren.

Wenn ich mir Ihr Wirken ansehe, dann erscheint sich dieses für mich in einem großen Dreieck zu bewegen, in das sich dann unsere Initiative auch einbezogen hat, neben mehreren anderen großen gesellschaftspolitischen Feldern:

1. Der große freiheitliche Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft
2. Die Stabilität der Währung
3. Europa

Nach den Erfahrungen aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts war Schaffung und Sicherung von Freiheit das dominierende Bestreben. Nun findet Freiheit immer dort ihre jeweiligen Grenzen, wo die Freiheit des Anderen bedroht ist. Deshalb ist der Rahmen wichtig, den wir mit der Sozialen Marktwirtschaft gefunden haben. Sie ermöglicht durch Elemente wie Wettbewerb

und Vertragsfreiheit Dynamik und Effizienz bei gleichzeitigem sozialem Ausgleich, verbindet Subsidiarität mit Solidarität.

Gerade die modernen Technologien und ihre Komplexitäten verlangen dezentrale, freie Entscheidungsprozesse in einem freien Wettbewerb und in einer Koordinierung durch den Markt mit Angebot und Nachfrage sowie freier Preisbildung. Das Ergebnis eines solchen Systems mit Leistungswettbewerb ist nicht immer sozial wünschenswert und braucht Korrekturen. Solche Korrekturen dürfen aber die Erbringung von Leistung nicht belasten. So gehört der moderne Sozialstaat zur Sozialen Marktwirtschaft, sie sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Banken- und Finanzkrise darf uns nicht zu einem Entgleisen solcher Grundsätze verleiten, im Gegenteil müssen wir prüfen, welche Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in diesem wichtigen Teilbereich der Wirtschaft vernachlässigt wurden. Die Soziale Marktwirtschaft widerspricht nicht der Aufgabe, das Verhältnis von Politik zu Wirtschaft immer wieder neu zu justieren. Entscheidend kommt es darauf an, dass beide Seiten bei vielen Unterschiedlichkeiten die gemeinsame Basis haben und dies ist der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft.

Viele Politiker haben die Zusammenhänge dieses Systems intellektuell voll im Griff, aber etliche auch nicht wirklich verinnerlicht. Ich habe den Eindruck, dass eine solche Verinnerlichtung besonders in den europäischen Institutionen und Gremien aufgrund der großen Distanz zur wirtschaftlichen Realität fehlt. Eines der sicherlich kleineren Beispiele in meiner Erinnerung ist die Richtlinie zur Umstrukturierung von Unternehmen. Ständige strukturelle Anpassung ist Kernaufgabe der unternehmerischen Wirtschaft, in dieser Frage entscheidet sich ein großer Teil des Wettbewerbs.

In der abstrakten Formulierung der Richtlinie sicherlich eine gute intellektuelle Leistung – von

Bürokraten. Für eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft ist eine stabile Währung eine Grundvoraussetzung für ein solches freiheitliches System. Sie ist der Kern für den Frieden einer Gesellschaft, gründet sich auf das vorbehaltlose Vertrauen der Menschen. Der Euro ist unsere gemeinsame Währung, die wir verteidigen und weiterentwickeln und deshalb verurteilen wir die Verunsicherungsversuche einiger Gruppierungen.

Der dritte Schenkel des Dreiecks, in dem Sie, lieber Herr Professor Tietmeyer, Ihr Wirken entfalten, war und ist Europa – in diesen Zeiten für uns von ganz besonderer Bedeutung und Besorgnis.

Europa, das ist die Zukunft der uns folgenden Generationen, man kann sich eine andere nicht mehr vorstellen und für unsere Generation ist Europa der Traum unserer jungen Jahre. In diesem Europa steckt die Kraft der Vielfalt, der gewaltigen historischen Erfahrung und der Dynamik seiner Menschen und seiner Regionen.

Sie, lieber Herr Professor Tietmeyer, haben an jeder der drei erwähnten Fronten nicht nur durch Ihre Grundsatztreue und Ihr Kenntnisreichtum entscheidend mitgewirkt, Sie haben Kärnerarbeit geleistet.

Eines der vielen Beispiele ist der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Währungsunion bestand dabei in der Ausdehnung des westdeutschen Währungsgebietes auf das Territorium der DDR. Es sollte in der Welt der Währungen nichts Drittes entstehen.

Sie haben nicht nur in der Ausgestaltung der Technik eine entscheidende Rolle gespielt, sondern auch für die Fixierung auf bestimmte Grundsätze. Sie sind in diesem Staatsvertrag in Artikel 1 verankert. Ich zitiere:

„Grundlage der Wirtschaftsunion ist die Soziale Marktwirtschaft ... Sie wird insbesondere



bestimmt durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen ... Die Sozialunion bildet mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit. Sie wird insbesondere bestimmt durch eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende Arbeitsrechtsordnung und ein auf den Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs beruhendes umfassendes System der sozialen Sicherung.“

Ein beeindruckendes Wirken, für das wir Ihnen unendlich dankbar sind. Und es erfüllt uns mit Stolz, dass Sie die sichtbare Spitze der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft sind, die sich in der Substanz auf viele Ihrer Gedankengänge stützt. Ihre Nachfolge im Ehrenamt des Kuratoriumsvorsitzenden tritt Wolfgang Clement an. Wie nur wenige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bezieht Wolfgang Clement klare Positionen. Er hat intensive politische Erfahrung und versteht viel von Wirtschaft, ohne je soziale und gesellschaftliche Zusammenhänge aus dem Auge zu verlieren.

Nachdem der Beirat der Initiative sich einstimmig dafür ausgesprochen hatte, Wolfgang Clement anzusprechen, habe ich Professor Tietmeyer um Rat gefragt. Mit Freude und Erleichterung habe ich dann von Wolfgang Clement die Zustimmung für die Übernahme des Kuratoriumsvorsitzes bekommen. Wir sind Ihnen außerordentlich dankbar und Sie haben in unserer Arbeit bereits den Gesichtspunkt eingebracht, noch mehr als in der Vergangenheit den Dialog mit den Unternehmern und der Praxis zu führen.

Sehr verehrter Herr Professor Tietmeyer, wir alle werden uns bemühen, die Initiative mit deren Thema „Soziale Marktwirtschaft“ in Ihrem Geist weiterzuführen und hoffen, Sie gelegentlich noch um Ihren Rat fragen zu dürfen.

Ich darf Ihnen als Geste der Erinnerung an Ihre Zeit mit und für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft einen signierten Bildband von Ludwig Erhard überreichen und dann das Wort auch an Sie weitergeben.



„MIT ERHARD IN DIE ZUKUNFT – DARUM LOHNT SICH DER EINSATZ FÜR DIE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr für die freundlichen und persönlichen Abschiedsworte, die ich hier und heute gehört habe. Danken möchte ich auch den Mitgliedern der Podiumsdiskussion heute Vormittag für die vielen klugen Worte zu den Perspektiven für Europa. Inzwischen habe ich mit Abschiedsveranstaltungen schon ein bisschen Erfahrung gewonnen. An dieses Haus, den Frankfurter Palmgarten, habe ich eine besondere Erinnerung: Hier in diesem Raum bin ich 1993 von Bundeskanzler Kohl in mein früheres Präsidentenamt bei der Bundesbank eingeführt und 1999 von Bundeskanzler Schröder verabschiedet worden.

Meine Damen und Herren, mit Erhard in die Zukunft. Diese These mag zwar manchem nicht recht schmecken, weil er Erhard für zu wenig zukunftsorientiert hält. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben aber erneut deutlich gemacht, wie zukunftsorientiert das Konzept von Ludwig Erhard nach dem Krieg in Europa war und auch heute noch ist. Schon mit seiner ersten großen Entscheidung am Tag der westdeutschen Währungsreform 1948, nämlich der sofortigen weitgehenden Preisfreigabe, hat Ludwig Erhard den Weg in die neue Wirtschafts- und Sozialordnung frei gemacht. Unter dem von meinem Diplomvater Alfred Müller-Armack stammenden Leitbegriff der Sozialen Marktwirtschaft hat sie diesem Land stets eine wichtige Orientierung für seine Wirtschafts- und Sozialordnung gegeben.

Und unter dem Motto „Wohlstand für alle“ hat Erhard als erster Bundeswirtschaftsminister für die Bundesrepublik schon früh wichtige Weichen gestellt, die unseren Alltag noch heute bestimmen. Gleichwohl hat es unter dem Leitbegriff „Soziale Marktwirtschaft“ schon seit den 1950er Jahren auch problematische Fehlentwicklungen gegeben.

Die Nachkriegsgeschichte zeigt jedoch bis heute, dass der politische und wirtschaftliche Lernprozess in diesem Land unter dem Leitbegriff „Soziale Marktwirtschaft“, wenn auch mit manchen zwischenzeitlichen Fehlentwicklungen, insgesamt erfolgreich war und ist. Und dazu hat auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die im Jahr 2000 gegründet wurde, beigetragen. Die von dem neuen Vorsitzenden, dem früheren Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, heute aufgezeigten Herausforderungen zeigen, wie aktuell die Aufgabe der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft auch künftig in diesem Land noch ist.

Persönlich habe ich mich mit dem Thema Soziale Marktwirtschaft schon früh intensiv auseinandergesetzt. Ludwig Erhard war der erste Minister, dem ich schon ab 1962 als Referent in der Grundsatzabteilung zuarbeiten durfte, nachdem ich von Müller-Armack über das Thema in Köln viel erfahren und gelernt hatte. Schon seit den frühen 1960er Jahren war ich auch als Vertreter der Wirtschaftsministeriums-Grundsatzabteilung und später als Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums und Sherpa des Bundeskanzlers sowie danach als Bundesbankvertreter an vielen

internationalen Verhandlungen und nationalen Entscheidungen für konkrete wirtschafts-, finanz- und währungspolitische Ausgestaltungen der Marktwirtschaft in Deutschland und Europa beteiligt. In diesen Funktionen habe ich seit den 1960er Jahren am konkreten Ausbau und Aufbau dieser Wirtschaftsordnung und ihrer sozialen Gestaltung in der Bundesrepublik teilgenommen. Aber auch am Streit um die Gestaltung und Orientierung der Politik in Deutschland und Brüssel sowie an der weltweiten Mitgestaltung der Wirtschafts- und Währungspolitik. In enger Zusammenarbeit mit dem ersten Erhard-Nachfolger Karl Schiller habe ich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre auch die Kontroversen innerhalb der Sozialdemokratie in Deutschland bei der Umsetzung und Interpretation des sogenannten Godesberger Programms der SPD miterlebt. Genauso habe ich später Karl Schillers persönlichen Lernprozess in den makroökonomischen Fragen, zum Beispiel in der Wechselkursfrage sowie der Rückkehr zur Dominanz, wie wir es damals nannten, des Freiburger Imperativs gegen die

Keynesianische Botschaft, unmittelbar miterlebt. Beim Aufbau und Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren wurde das geistige und politische Erbe von Ludwig Erhard und später auch von Karl Schiller in Deutschland leider nicht selten fehl eingeschätzt und vielfach auch argumentativ missbraucht. Vor allem unter dem Motto „Kontrolle wirtschaftlicher Macht“ sowie dem Motto „Ausbau des Sozialstaates“ kam es auch in der Bundesrepublik immer mehr zu Detailregulierungen und Bürokratisierungen sowie zu einem übermäßigen Ausbau der Sozialsysteme. Das Adjektiv „sozial“ wurde schon zu Erhards Zeiten zunehmend als Mandat für mehr staatliche Detailregulierung und Umverteilung statt als dauerhafter Ordnungsrahmen und funktionsfähiges Regelwerk verstanden. Anstelle von klaren rechtlichen Rahmen- und Ordnungsregeln wurden so leider immer mehr bürokratische Detail- und Umverteilungsvorschriften beschlossen und damit der Handlungsspielraum der Wirtschaft und auch der Tarifpartner übermäßig eingengt.



Die von Ludwig Erhard betriebene parallele Öffnung der Grenzen innerhalb Europas, die er entgegen anderslautenden Behauptungen nämlich wirklich betrieben hat, und die weltweite Zunahme der elektronischen Kommunikation haben zwar neue Um- und Auswege ins Ausland ermöglicht, damit aber nicht selten auch das notwendige Ordo- und Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft weiter erodiert.

Auch in Brüssel fand das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft nicht immer hinreichende Anerkennung. Diese wachsende Fehlinterpretation und Erosion des nationalen Regelwerks hat die Soziale Marktwirtschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch in Deutschland zunehmend belastet. Wohl hat die notwendige Reformdiskussion in der Bundesrepublik schon relativ früh begonnen – nicht zuletzt stimuliert durch den Sachverständigenrat, dessen Gründung ich 1962 mit betrieben habe. Aber der Weg zu weiterführenden Reformen insbesondere der Sozialsysteme war und ist lang. Erst die Herausforderungen nach der deutschen Wiedervereinigung in den 1990er Jahren und die progressive Internationalisierung haben den Weg für weitergehende Reformen in Deutschland ermöglicht. Nach vielen Kontroversen wurde er nach der Jahrtausendwende mit der Agenda 2010 eingeleitet. Wie auch immer man die Details beurteilt: Diese Agenda war insgesamt zweifellos ein Schritt in die Zukunft. Und zwar in die Zukunft mit Ludwig Erhard, sage ich. Denn Ludwig Erhard wollte schon früh eine offene Gesellschaft mit mehr Freiraum und Eigenverantwortung, auch wenn er gelegentlich den ambivalenten Begriff „Formierte Gesellschaft“ nutzte. Wohl hat die Agenda 2010 in der deutschen Gesellschaft viele alte und neue Kontroversen ausgelöst. Sie allein reicht wohl auf Dauer auch nicht. Aber insgesamt zeigte sie in die richtige Richtung. Nachhaltige Effizienz und soziale Sicherheit

können nämlich ohne genügenden Freiraum der Wirtschaft, ohne funktionsfähigen Wettbewerb und hinreichende Eigenverantwortung weder erreicht noch gesichert werden. Soziale Marktwirtschaft bringt zwar immer auch neue Aufgaben, vom Umweltschutz bis zur Sicherung der sozialen Verantwortung unter sich verändernden Bedingungen. Aber weder die Politik noch die Wirtschaftsverbände und Tarifpartner dürfen bewährte Prinzipien aufgeben. Tragfähige Innovation ja, nicht aber innovations- und leistungsgefährdende Eingriffe und nur mehr Verteilung oder Umverteilung. Das ist der Kern der zukunftsorientierten Weiterentwicklung, auch des Sozialstaates und der Sozialen Marktwirtschaft.

Um diese Botschaft deutlich zu machen und für sie zu werben, wurde im Jahr 2000 die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gegründet. Als man mich damals um die Übernahme des Vorsitzes im Kuratorium bat, habe ich zunächst Skepsis gegenüber dem Zusatz „Neue“ gehabt. Ich habe jedoch schon damals deutlich gemacht, dass für mich dieser Begriff keine Abkehr von Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack oder Walter Eucken bedeutet, sondern im Gegenteil Erneuerung durch Rückkehr zu den Prinzipien dieser Gründungsäter.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat sich von Anbeginn auch für eine Weiterentwicklung im Sinne der Rückkehr zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eingesetzt. Insgesamt mit Erfolg, wie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in diesem Land zeigt. Ich bin fest davon überzeugt, ohne die geistige und politische Rückbesinnung und Neuorientierung im vergangenen Jahrzehnt hätte unser Land die Herausforderungen der letzten Jahre kaum überstanden. Weder wäre der Wachstums- und Beschäftigungsprozess in den zurückliegenden Jahren relativ positiv verlaufen, noch hätten unsere Sozialsysteme die kritischen Jahre überlebt. Zuletzt

hat es in der Bundesrepublik wichtige wirtschafts-, finanz- und arbeitsrechtliche Korrekturprozesse sowie auch wieder mehr Flexibilität bei den Entscheidungen der Tarifpartner selbst gegeben. Und das halte ich für sehr wichtig. Diese Entwicklung hat mit der Rückkehr zu den zentralen Grundsätzen von Ludwig Erhard zu tun, auch wenn die Öffentlichkeit dies nicht immer so sieht. Eigenverantwortung und Solidarität, aber auch Bildung und Innovation waren für Erhard schon immer zentrale Orientierungen.

Meine Damen und Herren, unser Land und auch Europa müssen jedoch erkennen, dass die von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft geforderte Rückbesinnung auf die von Erhard, Müller-Armack und Eucken vertretenen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch ein Weg in die Zukunft Europas ist. Gerade die Welt von heute und morgen braucht nachhaltige, funktionsfähige Rahmen- und Ordnungskonzepte, bei denen übrigens das Haftungsprinzip schon immer auch eine zentrale Rolle spielte. Solidarität kann nachhaltig nur auf der Basis von angemessener Eigenverantwortung erfolgreich sein. Das sollte auch die Initiative künftig noch stärker bei ihren Aktivitäten beachten. Die in manchen Krisenländern dringend erforderlichen Korrekturen können und sollen zwar das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft nicht einfach übernehmen. Diese Länder sollen sich jedoch auch nicht scheuen, die hinter den deutschen Erfolgen liegenden Grundsätze und Erfahrungen der Sozialen Marktwirtschaft zu hinterfragen. Und die deutsche Seite sollte sich nicht scheuen, für die diesem Modell zugrunde liegenden Prinzipien und Erfahrungen zu werben. In einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion dürfen gemeinsame Lernprozesse und Bemühungen um mehr Gemeinsamkeit in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht ausgeschlossen werden.

Die zentralen Ordnungs- und Orientierungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft können für diesen Annäherungs- und Lernprozess von großer Bedeutung sein. Diese Prinzipien heißen Eigeninitiative mit Wettbewerb und Haftung sowie sozialer Ausgleich mit hinreichender Eigenverantwortung und notwendiger Flexibilität. Eine solche Orientierung für die Politik in Europa könnte auch für die künftige Arbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft von großer Bedeutung sein. Es geht dabei nicht primär um Propaganda für das deutsche System, wohl aber um sachgerechte Aufklärung und Offenlegung von Argumenten und Fakten. Die soeben erschienene und von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft geforderte Sonderausgabe der Wirtschaftswoche mit dem Titel „Wie gerecht ist Deutschland?“ ist dafür aus meiner Sicht ein interessantes Beispiel, aus dem man sehr vieles lernen kann. Ich habe schon gesagt, dass ich heute keine Euro-Rede halten will. Aber die leider noch immer nicht überwundene Krise in wichtigen Teilen des Euroraumes kann mit weiteren Finanzhilfen allein sicher nicht nachhaltig gelöst werden. Die in einer Reihe von Ländern aufgelaufenen Wirtschafts- und Sozialprobleme brauchen vor allem eine Ordnungspolitik, die nachhaltiges und eigendynamisches Wachstum in den Ländern ermöglicht und die entstandenen sozialen Spannungen langfristig abbaut. An diesem Ziel sollten alle Euro-Mitgliedstaaten ihre bisherigen Politiken überprüfen und gegebenenfalls korrigieren. Gewiss, es gibt nicht einfache Patentrezepte für notwendige Korrekturen, da die Ausgangslagen und die Rahmenbedingungen in den Ländern meist unterschiedlich sind. Doch die Währungsunion kann auf Dauer, und das habe ich früher schon oft gesagt, ihre Funktion nur erfüllen, wenn die Grundorientierungen der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken ein hinreichendes Maß an nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit

sicherstellen. Dies ist entscheidend. Längerfristig wird dafür auch ein Mehr an gemeinschaftlicher politischer Entscheidungsstruktur notwendig. Der Weg in eine umfassende, weiterführende politische Union dürfte aber schon wegen der unterschiedlichen Historien und Traditionen noch sehr lang sein. Ein Fortschritt in Richtung mehr formeller staatlicher Gemeinsamkeit kann deswegen wohl nur sehr langsam erfolgen. Umso wichtiger sind jedoch schrittweise Verbesserungen bei den Einzelregelungen und in der bisherigen Zusammenarbeit. Ob allerdings die partiellen Ansätze, wie sie jetzt mit den Rettungsschirmen EFSF, EFSM und ESM und den europäischen Zentralbankprogrammen, den Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, dem neuen Fiskalpakt sowie dem Two-Pack oder dem Euro-Plus-Pakt für die makroökonomische Überwachung und dem geplanten Rahmenregelwerk für die Entwicklung einer Bankenunion verfolgt werden, tatsächlich nachhaltige Erfolge bringen können, bleibt noch abzuwarten.

Ich habe Verständnis dafür, dass Professor Luder Gerken in seiner jüngsten CEP-Studie zu dem Ergebnis kommt, eine nachhaltige Ordnung für die Eurozone wird damit noch nicht gesichert. Ob allerdings sein eigener Vorschlag für eine automatische Schuldenschnittregel von 90 Prozent bei den Eurostaaten eine reale Chance hat, das wage ich zu bezweifeln. Sie knüpft zwar an einem wichtigen und durchaus auch richtigen Punkt an, dürfte aber ohne Ausnahmeregeln und ohne Regeln, die auch die jeweiligen Konsequenzen einbeziehen, bei der gegenwärtigen Ausgangslage politisch kaum durchsetzbar sein. Aber es lohnt sich, über diesen Grundsatz zu diskutieren. Allerdings bin ich der Meinung, dass eine einfache, simplifizierende Regel wohl nicht durchsetzbar und realisierbar ist. Aus meiner Sicht nützlich und sinnvoll wäre es dagegen, schon jetzt zu einer Einigung in der Eurozone über einige zentrale



Grundprinzipien der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zu kommen, und zwar auch über die Grundorientierung der Makropolitik. Zudem wird eine regelmäßige Überprüfung der Anwendung dieser Prinzipien durch eine unabhängige Expertenkommission nötig sein, deren Bewertungen dann allerdings publiziert werden müssten. Dabei geht es um eine neutrale Offenlegung, um dann eine Drucksituation entstehen zu lassen, die dazu beiträgt, dass die Dinge sich allmählich bewegen. Einfache Mehrheitsentscheidungen in Brüssel werden hier meines Erachtens kaum Erfolg haben. Eine neutrale Beurteilung könnte den Märkten wichtige Informationen für ihre Bewer-

tungen geben und zugleich für die Politik in den betreffenden Ländern mehr Raum schaffen.

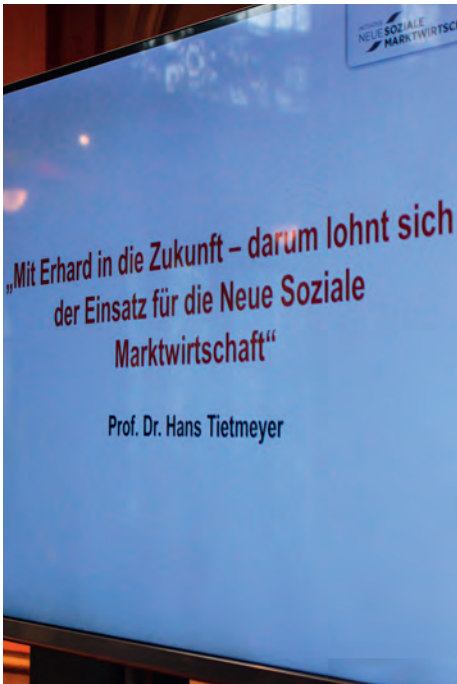
Entscheidend für den Erfolg ist jedoch, dass Orientierungsvorgaben und Maßstäbe möglichst klar sind, und dass die Kommission tatsächlich neutral arbeitet. Auch eine nachhaltige Währungsstabilität ist unverzichtbar, wobei nachhaltige Stabilitätspolitik allerdings nicht mit einseitiger und kurzatmiger Austerity-Politik verwechselt werden darf. Notwendig ist vielmehr eine längerfristig orientierte Reform der Konsolidierungspolitiken in den betreffenden Ländern.

Neben Konrad Adenauer war in der Bundesrepublik auch Ludwig Erhard ein wichtiger Baumeister für Europa. Er hat sich schon früh für die Öffnung der Grenzen, für die Sicherung des Wettbewerbs sowie für nachhaltig stabile Währungen eingesetzt. Und hieran gilt es auch weiterhin in der Europapolitik anzusetzen. Nach der weitergehenden politischen und technischen Öffnung der Grenzen ist die Frage der Wirtschafts- und Sozialordnung nicht mehr nur eine national zu entscheidende Frage. Wer den Weg der Rena-

tionalisierung gehen will, der muss wissen, dass ein nationaler Alleingang in der Zeit von heute und morgen keine Zukunftschance mehr bietet. Deswegen müssen wir uns auch in Ordnungsfragen der Zukunft stellen, und zwar im eigenen Land, in Europa und auch weltweit. Und dafür sollte sich, nach meiner Meinung, auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in Zukunft einsetzen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.









Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Georgenstraße 22 · 10117 Berlin

T 030 27877-171 · F 030 27877-181

info@insm.de insm.de facebook.com/marktwirtschaft

INITIATIVE
NEUE **SOZIALE**
MARKTWIRTSCHAFT